

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühren
betragen für die sechsgepaltenen Kolonnen
jede ober deren Raum 40 Pf., für
Vereins- und Versammlungs-Anzeigen,

Kontingentspreis: Amt 1, Nr. 1508.
Telegraphen-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Mittwoch, den 27. Januar 1897.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Die Zuckerprämien.

Die letzten Vorgänge in Frankreich haben das Wider-
sinnige der herrschenden Zuckerprämien-Politik vor aller Welt
in einer Weise bloßgestellt, daß man fast hoffen möchte, eine
Wendung zum Besseren liege nicht mehr in so weiter Ferne.

Natürlich sprang nun auch Frankreich sofort thaten-
durstig auf die Bühne. Was sich jetzt in den Verhandlungen
zwischen Kammer und Regierung offen abspielt, war schon
lange hinter den Kulissen von den Interessenten vorbereitet.

Die Begründung des französischen Gesetzentwurfs lieft sich
wie eine höhnische Satire auf die deutschen Motive. Stellten
unsere Zuckerinteressenten immer die französische Industrie als
unbelehrbar und als allein schuldigen Sündenbock hin, so
will der französische Entwurf nun die deutsche Konkurrenz zur
Raison bringen.

Wir (das heißt: die französische Regierung in ihren Motiven)
wir hegen die feste Hoffnung, daß in allen fremden Zuckerproduktions-
ländern die Erfahrung binnen kurzem zeigen wird, daß die über-
triebene Erhöhung der Prämien nutzlos ist, da dieses Ueber-
bieten in verhängnisvoller Weise zu einer Entwertung des
Artikels führen muß.

Und an einer anderen Stelle der Motive wird geurteilt:
„Die französische Ausfuhr hat an Boden verloren. Un-
geachtet dieses Rückganges hat die französische Zuckerindustrie nach
neuen Maßnahmen verlangt... Die von unseren Kon-
kurrenten neuerdings getroffenen Maßnahmen ändern not-
wendigerweise die Situation... Es drängt sich die Verpflichtung
auf, denselben Weg wie unsere Nebenbuhler zu beschreiten... Wir
können auch unsererseits nicht mehr umhin, neue Prämien zu be-
willigen.“

Dieser Standpunkt scheint Meline auch der österreichischen
(und damit der deutschen) Regierung gegenüber ohne diplo-
matische Umschweife vertreten zu haben. Wenigstens meldete
im Anfange des vorigen Monats die „Norddeutsche Allg.
Zeitung“ offiziell aus Wien, die französische Regierung habe
erklärt, nicht früher mit Deutschland und Oesterreich-Ungarn
in Verhandlungen treten zu können, bis nicht Frankreich durch
das zu schaffende Zuckergesetz in dieser Frage beiden Staaten
„gleichgestellt“ sei!!

Herr Meline erstrebt neben der hohen alten indirekten
französischen Prämie noch einen unmittelbaren Ausfuhrzuschuß
von 1,60 Franks für den Rohrzucker und entsprechend von
2 1/2 Franks für die Raffinade. Wenn sich die Entscheidung
darüber in Frankreich solange hinauszieht, so liegt das nicht
daran, daß eine parlamentarische Majorität für die Prämien-
erhöhung an sich fehlte, sondern an dem Widerstreit der
Interessen innerhalb der Zuckerproduzenten selber. Die Beute
wäre längst schon geborgen, wenn man sich über die Ver-
teilung derselben leichter verständigen könnte. Wir kennen
die Schwierigkeiten einer solchen Verständigung aus den leht-
jährigen Erfahrungen in Deutschland zur genüge. In
Frankreich tritt zu ähnlichen Gegenständen, wie sie
auch bei uns sich geltend machen, der Wett-
streit zwischen dem französischen Kolonial-Rohrzucker
und dem einheimischen Rübenzucker. In Deutschland hat Herr

Paasche es leicht, dem Zuckerrohr mit Vernichtung zu drohen
und die Prämien als Waffen in diesem Kampfe zu empfehlen.
In Frankreich will dieser Kampf mit großer Vorsicht geführt
sein, wenn man nicht eigene Kolonien, wie z. B. Martinique
und Guadeloupe, in ihrer Hauptindustrie tödlich treffen will.
Doch selbst die differentielle Begünstigung der Zuckereinfuhr
aus den französischen Kolonien erscheint dem waschechten
französischen Agrarier als ein Verbrechen gegen die zu schützende
nationale „Arbeit“.

Doch wenn die hervorragendsten Zuckereportstaaten,
Deutschland, Oesterreich und Frankreich, sich in den Prämien
„gleichgestellt“ haben, dann ist ihr Konkurrenzverhältnis wieder
genau das gleiche wie vorher. Der ganzen Liebe Mühe war
umsonst. Sehr fraglich ist es jedoch, ob alle Zucker einfuhr-
länder ruhig den durch neue Prämien abermals gefördernten
Import über sich ergehen lassen werden. Das mag paradox
klingen, denn welcher Staat sollte etwas dagegen einzuwenden
haben, daß man ihm den Zucker unter dem Kostenpreis
liefert? Es ist jedoch nicht paradox, denn auch die Zucker-
einfuhrländer haben heute meistens eine eigene Zuckerproduktion,
die sie nicht opfern wollen und nicht preisgeben können.

Selbst für England gilt das infolge seiner Kolonien,
und soweit aus dem Auslande derartige Entwicklungen richtig
zu beurteilen sind, möchten wir fast sagen: noch nie war
in England die Stimmung so günstig dafür, den prämi-
losen Zucker aus den eigenen Kolonien zu bevorzugen und zu
diesem Zwecke die Einfuhr aus den Prämienländern mit
besonderen „Ausgleichungsgebühren“ zu treffen, wie gerade nach
den letzten Prämienerrhöhungen in Deutschland und Oesterreich.
Selbst unser ehemaliger Genosse Williams, der Verfasser des
Mads in Germany, trat kürzlich dafür ein, und die von dem
chauvinistischen Kolonialminister Chamberlain plötzlich ver-
anstaltete Enquete über den Niedergang der westindischen
Rohrzuckerzeugung sieht wahrhaftig auch nicht unverständlich aus.

Doch das mag man für subjektive Vermutungen halten.
Zweifellos ist hingegen, daß die Vereinigten Staaten,
auf deren Riesenbedarf man so große Hoffnungen setzt, gar-
nicht auf Gegenmaßnahmen verzichten können, weil ihre
eigene Zuckerproduktion dazu viel zu bedeutend und einfluß-
reich ist. Das amerikanische Zuckergesetz vom Jahre 1894
hat neben dem 40 prozentigen Werthzoll einen besonderen Zu-
schlag für allen Prämienzucker. Im Dezember haben bereits
im Repräsentantenhaus die Vernehmungen der Interessenten
begonnen, um der neuen Situation entsprechende neue Maß-
nahmen vorzubereiten. Letztere werden auf keinen Fall für
unseren Export erfreuliche sein.

So hat sich die Zuckerprämien-Politik schon nach einem
halben Jahre wieder in einer Sackgasse verkannt: die Kon-
kurrenz, die man zu überholen gedachte, haben ebenfalls ihre
Ausfuhr mittels neuer Prämien beflügelt; das wichtigste
Einfuhrland der Zukunft, die nordamerikanische Union, wird
dagegen durch steigende Zölle die neue Subvention aufheben.
Wird die allgemeine Enttäuschung dann endlich unsere Re-
gierungen und Parlamente zur Befinnung bringen?

Politische Uebersicht.

Berlin, 26. Januar 1897.

Aus dem Reichstage. An der Debatte über die Unfall-
novelle beteiligten sich heute eine größere Anzahl Redner, als
an den beiden ersten Tagen. Den Reigen eröffnete heute
der nationalliberale Professor Paasche. Auch dieser Redner
stellte sich auf den Boden der Vorlage, ohne zu verkennen,
daß das Bedürfnis nach Reformen ein viel weiter gehendes
sei als es durch die Vorlage befriedigt werde. Paasche an-
erkannte die Berechtigung der Forderung, Arbeitervertreter bereits
zur ersten Rentensitzung zuzuziehen. Es scheint also, daß in
diesem Punkte Einstimmigkeit unter den Parteien herrscht,
denn auch Herr v. Stumm sprach sich in gleichem Sinne aus.
Uebrigens hielt sich heute der Neunkirchner Industriekönig
so objektiv, wie es ihm selten möglich ist, so daß er nur ein
einziges Mal auf die sozialdemokratischen Führer und ihre
Riesengehälter zu sprechen kam.

Als Lobredner sans phrase der Berufsgenossenschaften
gerirte sich der Freisinnige F i s c h e d. Nach ihm werden diese
Unternehmerorganisationen nur von eitler Humanität und
Wohlwollen für die Arbeiter geleitet, während diese
nur die schwarze Absicht haben, die Genossenschaften
um jeden Preis zu schädigen. Von allen bisher zu der
Vorlage gehaltenen Reden klang diese freisinnige Leistung am
unfreundlichsten gegen die Arbeiter.

Der württembergische Bevollmächtigte S c h i e r
behandelte noch einmal das Verhältnis zwischen dem Reichs-
amt des Innern und dem Reichs-Versicherungsamt, wobei
er besonders die Unabhängigkeit der letzteren Reichsbehörde
hervorhob.

Dem Unmuth der Agrarier über die gesammte Ver-
sicherungs-Gesetzgebung gab der Graf R a n i h Ausdruck. Be-
sonders das Invalidengesetz hat es den Konservativen angethan
und der Herr Graf erging sich in der Kritik desselben in einer
so breiten Weise, daß er schließlich vom Präsidenten zur Sache
gerufen werden mußte. Der konservative Führer erklärte, daß
seine Partei keinen schärferen Wunsch habe, als die ganze
Versicherungsgesetzgebung aus der Welt zu schaffen, an deren
Stelle er eine Zusammenlegung sämtlicher Zweige der Ver-
sicherung und Aufbringung der Mittel durch Zuschläge zur
Einkommensteuer vorschlug.

Leider erst in sehr vorgerückter Stunde erhielt unser
Genosse M o l k e n b u h r das Wort. Derselbe konstatierte zu-
nächst, daß nicht den Bestimmungen des nur allzu mangel-
haften Gesetzes sondern der humanen Gesinnung einzelner
Unternehmer es zu danken sei, wenn von ver-
schiedenen Rednern Fälle haben vorgeführt werden können,
daß Arbeiter nach Unfällen sich gleich gut oder gar besser in
bezug auf die Pöhnung stehen, als wie vor dem Unfälle. Der
Redner wies dann aus den offiziellen Ziffern nach,
daß die Zahl der Unfälle relativ und absolut
fortgesetzt steigt, während die Zahl der Volkrentner
sinkt. Im letzten Dezember habe der Minister v. Bötticher
selbst angegeben, daß die ganze Versicherungs-Gesetzgebung in
erster Reihe im Interesse der Unternehmer erfolgt sei, jetzt be-
streite er, was er damals ausgesprochen. Die angeführten
hohen Summen für Renten und der Versuch, damit den humanen
Charakter der Gesetze zu begründen, sei Täuschung. Was an
Rente gegeben werde, werde zum Teil am Arbeitslohn wieder
einbehalten. Besonders in den Staatsbetrieben werde der Lohn
um den Betrag der Rente gekürzt und viele Privatunternehmer
thun das gleiche. Redner weist dann darauf hin, daß 3 1/2 Mil-
lionen Arbeiter überhaupt nicht versichert seien, für die also von
einer besonderen Wohlthat von vornherein nicht die Rede sein
könne. Ebenso wichtig wie die Unfallversicherung sei die
Unfall-Versicherung, gerade damit sei es aber schlimm bestellt.
Ungemein interessant waren die Ausführungen unseres Genossen
über die Verhältnisse in der See-Berufsgenossenschaft. Er
wies nach, daß die seefahrenden Arbeiter noch schlechter
befehlt sind, wie die Landarbeiter und daß der neue Vorschlag,
der See-Berufsgenossenschaft das Recht auf Witwen- und
Waisenversicherung einzuräumen, wenn nach den Vorschlägen
der Rheder ausgeführt, der Genossenschaft einen Ge-
winn von 100 000 M. brächte. Molkenbuhr wies auch
nach, daß Minister von Bötticher früher einen ähn-
lichen Plan abgewiesen, dagegen in Vorschlag gebracht hat,
die klimatischen Krankheiten der Seeleute als Unfälle zu be-
handeln. Auf diesen Vorschlag müsse man wieder zurückkommen
und außerdem festsetzen, daß für die Seeleute, welche nicht
mehr verdienen, mindestens der durchschnittliche Arbeitslohn
des gewöhnlichen Arbeiters als Norm für die Rentendbemessung
zu grunde gelegt werde. Heute stehe der Seemann am schlechtesten
von allen Arbeitern da, das müsse endlich aufhören.

Nachdem H i z e dem Grafen R a n i h noch vorgeworfen, daß
er sich vom Boden der kaiserlichen Botschaft entfernt habe und
dieser darauf replizierte, daß seine Vorschläge sogar die Re-
gierung beschäftigten, wurde die Sitzung geschlossen.

Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr. Post- und Telegraphen-
Etat, sowie Reichsdruckerei.

Die Aussichten der Bimetallisten sind unter den Gefrier-
punkt gesunken. Ihre Hoffnungen setzen sie auf den englischen
Minister Balfour, dessen bimetallische Neben und Bemerkungen
aus früherer Zeit sie allzu ernst nehmen wollten. Gestern erhielten
sie aber im Unterhause von Balfour eine deutliche, wenn auch
höfliche Absage. Ueber die Sitzung meldet eine Depesche das
folgende:

Friedl fragt bei der Regierung an, ob sie sich eintretenden
Falles an einer Bewegung zu Gunsten einer internationalen
Münzkongferenz beteiligen würde, und ob, wenn die Be-
wegung zum Ziele führe, den Bimetallisten ein an-
gemeinere Theil an der Vertretung Englands
in der Konferenz würde zugewiesen werden. Der Erste
Lord des Schatzes Balfour erwidert, es befehle keine Wahr-
scheinlichkeit, daß die Regierung die Initiative zu
einer solchen Bewegung ergreifen werde, und es sei
offenbar verfrüht, die Zusammensetzung einer
Konferenz zu erörtern, die, soweit ihm bekannt, noch
von keiner Seite vorgeschlagen sei. —

Internationale Maßregeln gegen die Pest. Wie die
„Agenzia Sierani“ meldet, haben alle Staaten ihre Zustimmung zu
der internationalen Pest-Konferenz in Venedig ausgesprochen. Als
Tag des Zusammentritts ist der 10. Februar in Vorschlag gebracht
worden. Die einzelnen Staaten werden diplomatische und wissen-
schaftliche Vertreter zur Konferenz entsenden. — Nach einer der
„Berl. Wissensch. Korr.“ aus Wien zugegangenen Meldung hat die
englische Regierung, an welche sich die österreichische Regierung unter
Vermittelung des auswärtigen Amtes gewandt hat, bereits
ihre Zustimmung zu der Expedition erteilt, welche auf Ver-
anlassung der Wiener Akademie der Wissenschaften nach B o m b a y
entsandt wird, um dort die Pestepidemie zu studiren. Die Expedition
setzt sich aus einem inneren Kliniker, einem Bakteriologen und einem
pathologischen Anatomen zusammen.

Chronik der Majestätsbeleidigungen. Wegen angeblicher
Majestätsbeleidigung stand am Freitag bei verschlossenen Thüren der
Schuhmacher Fr. Wilh. Schöttler von Bremen, 21 Jahre, unbes-
cholten, vor der Strafkammer des Landgerichts zu Frankfurt a. M.,
und zwar sollte er eine Beleidigung des Kaisers begangen haben.
Das Urtheil lautete aber freisprechend, da die Kammer den Zeugen
keinen Glauben schenkte.

Ein Fabrikant aus Elberfeld ist wegen Majestätsbeleidigung in
Untersuchung gezogen worden.
Ein Gasthofbesitzer aus Witsch i. Gf. war fälschlich der
Majestätsbeleidigung bezichtigt worden. Nach der Freisprechung
strenge er gegen den Angeklagten an, worauf dieser nach der
„St. P.“ zu einer Gefängnisstrafe von vier Wochen und zu einer
Entschädigung von 150 M. verurtheilt wurde.

Deutsches Reich.

— Provinzial-Landtage. Der Provinzial-Landtag
der Provinz Ostpreußen ist zum 19. Februar d. J. nach der Stadt
Königsberg und der Provinzial-Landtag der Provinz Branden-
burg zum 21. Februar d. J. nach der Stadt Berlin berufen
worden. —

— Zur Charakteristik des einflussreichen Herrn von Stumm. In der Reichstags-Sitzung am 18. d. M. hat der Abg. v. Stumm bekräftigt, daß er eine feindliche Stellung gegen den evangelischen Arbeiterverein eingenommen habe; er habe niemals ein Wort gegen die evangelischen Arbeitervereine als solche gesagt. Dem gegenüber berichtet die „Frankf. Ztg.“: „Im Jahre 1892 schrieb der Vorsitzende eines Verbandes evangelischer Arbeitervereine an den Freiherrn v. Stumm, es sei ihm gemeldet worden, daß Ew. Hochwohlgeboren die in Ihren Werken beschäftigten Arbeiter, so weit sie Mitglieder des Arbeitervereins S. sind, aufgefördert haben, aus diesem Vereine auszutreten, wenn ich recht unterrichtet bin, mit der Motivierung, daß Sie im Interesse des konfessionellen Friedens konfessionelle Vereine unter Ihren Arbeitern nicht dulden könnten. Unter der Voraussetzung, daß diese Mittheilung richtig ist, gestatte ich mir Ew. Hochwohlgeboren herzlich zu bitten, die Zurücknahme dieser Forderung nochmals gütig in Erwägung zu ziehen.“ Freiherr v. Stumm antwortete hierauf unter dem 29. März 1892 aus Berlin, bekräftigt in seinem Brief mit keinem Worte die Richtigkeit der Meldung, giebt sie vielmehr indirekt zu, indem er den Brief mit den Worten beginnt: „Ihren Wunsch bedauere ich, nicht entsprechen zu können“ und fährt dann fort zur Begründung seiner Anordnung: „Sie unterschätzen den Ernst und das Gewicht der Gründe, welche mich in meinem ganzen Handeln bestimmen. Diese Gründe in jedem einzelnen Falle darzulegen, geht über meine über das Maß in Anspruch genommene Zeit.“ Er erwähnt dann, daß die Gründung evangelischer Arbeitervereine auch die katholischer Arbeitervereine nach sich ziehen würde, und giebt schließlich seinem Mißtrauen gegen die Arbeitervereine durch folgende Worte Ausdruck: „Die Kirche kann und soll sicherlich nicht neutral bleiben in dem Kampfe gegen die Sozialdemokratie. Sie bedarf hierzu aber nicht des Vereinswesens, dieser Krankheit unserer Zeit, wie ich schon dem Pfarren in S. schrieb.“ Es bedarf wohl keiner näheren Darlegung, daß der Inhalt dieses Schreibens im direkten Widerspruch zu der Stumm'schen Ausführung im Reichstag steht.“

— Ihre Stellung zu den Marineforderungen präzisirt die „Deutsche Tageszeitung“ mit den Worten: „Was zum Vaterlandsschutz, also zur Wehr seiner Räfte unbedingt notwendig ist, das muß unter allen Umständen bewilligt werden. Was aber der Handel infolge seines Aufschwungs zu seinem Schutze und seiner Förderung bedarf, das mag und muß er selbst leisten. Die Landwirtschaft hat den angeblich durch die Handelsverträge bedingten Aufschwung bezahlen müssen, es kann ihr nicht zugemuthet werden, daß sie den wiederum durch den Aufschwung bedingten Mehraufwand tragen solle. Mögen es unsere Großhändler den alten Griechen nachhaken, die ihre Erriener selbst rüsteten.“ — „Wo keine Kreuzer, wie sie der überseeische Handel verlangt.“

— Zum Prozeß Tausch. Maximilian Harden ist, wie der „Volk-Zeitung“ gemeldet wird, am Sonnabend vom Untersuchungsrichter Herr als Zeuge in der Strafsache gegen von Tausch vernommen worden. Es handelte sich bei diesem Verhöre dem Vernehmen nach um den Verlehr zwischen den Herren von Tausch und Harden, welchen der letztere in seinem durch einen echten „Postkasten“ wieder in Erinnerung gebrachten Blatte auf zwei Fälle zurückführte: einmal, als der Kriminal-Kommissar von Tausch ihn als Zeugen vernahm und das andere Mal, als der Zeuge von Tausch ihn als „gebrochener Mann“ aufsuchte, um ihn nach der Adresse eines — Vertheidigers zu befragen. Man darf darauf gespannt sein, zu erfahren, ob sich der Verlehr zwischen den Genannten wirklich auf jene zwei Fälle beschränkt oder ob von Tausch dem Herrn Harden — wie man in Moabit anzunehmen scheint — vielleicht ab und zu „Informationen“ oder „Anregungen“ zu Artikeln gegeben hat, wie von Tausch dies ja auch anderen Journalisten gegenüber zu thun pflegte. — Der Mitarbeiter der „Staatsbürger-Zeitung“, Schriftsteller Dabbel, der schon früher als Zeuge in der Tausch-Affäre genannt worden war, ist inzwischen ebenfalls vom Untersuchungsrichter vernommen worden.

— Bräsewisch ist, wie dem „Berl. Neueß. Nachr.“ aus Karlsruhe mitgeteilt wird, nachdem das erste Erkenntnis des Militärgerichts die Befähigung des Kaisers nicht gefunden, nunmehr zu 8 Jahren und 20 Tagen Gefängniß verurtheilt worden.

— Fiasko der Ansiedelungs-Kommission. Die Ansiedelungs-Kommission für Westpreußen und Posen schreitet seit längerer Zeit zum Ankauf neuer Güter nur bei besonders günstigen Gelegenheiten, da die Kommission für lange Zeit hinaus mit Ländereien für die Bestäubung versehen ist. Dagegen ist das Angebot von brauchbaren Ansiedlern nicht mehr so groß wie früher. Es dauert ziemlich lange, bevor ein Gut für die Bestäubung zur Vertheilung an die Reihe kommt. Während die Kommission bisher die Praxis befolgt hat, die angekauften Güter so lange in Selbstverwaltung zu nehmen, bis dieselben zwecks Bestäubung zur Auftheilung kamen, ist sie, der „Pol. Ztg.“ zufolge, von dieser Praxis jetzt abgewichen und giebt die Güter in Pacht. Bereits vor längerer Zeit ist ein größeres Gut verpachtet worden, und demnächst sollen weitere 5 Güter in Pacht gegeben werden.

— Unterdrückung der nothleidenden Landwirtschaft durch die Grubenbarone. Die Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen giebt bekannt, daß der Vorsitzende der Aktiengesellschaft „Zeche Dannenbaum“ beabsichtige, für den Bezug von Grubenholz direkte Beziehungen zwischen Forstwirtschaft und Bergbau herzustellen. Die Zeche Dannenbaum in Westfalen braucht jährlich für 600 000 M. Holz. Die Landwirtschaftskammer fordert die Waldbesitzer der Provinz Sachsen auf, Angebote zu machen.

— Bedenklich kommt nun selbst dem Organe der Agrarierhauptlinge, der „Deutschen Tages-Zeitung“ der königlich sächsische Kampf gegen die Konsum-Vereine vor. Freilich weiß das Blatt seine eigenen Bedenken bald zu zerstreuen, indem es fordert, zweierlei Recht gelten zu lassen, d. h. die angeblich sozialistischen Konsumvereine mit der Umsatzsteuer zu belegen, dagegen die anderen Konsumvereine frei zu lassen von der Steuer. Da bei Herrn Meisch alles möglich ist, so wäre es falsch, die Vorschläge der „Deutschen Tages-Zeitung“ unbedacht zu lassen. Sie sind auch so charakteristisch für die Agrarierpolitik und -moral, daß wir sie zum Abdruck bringen wollen. Sie lauten:

„Bekanntlich hat die sächsische Regierung den Gemeinden nahe gelegt und gestattet, eine zwei- bis dreiprozentige Umsatzsteuer für Konsumvereine festzusetzen und zu erheben. Wir haben das Vorgehen gebilligt, weil die meisten Konsumvereine im Königreich Sachsen entweder großkapitalistische Gründungen oder sozialdemokratische Kampfmittel sind. Nun giebt es aber auch, gerade in dem dicht bevölkerten Sachsen, eine ziemliche Anzahl von Konsumvereinen, die weder das eine noch das andere sind, noch auch als schwere Schädigungen des selbständigen Kleinhandels ausgefaßt werden können. Diese werden von der Umsatzsteuer ebenso getroffen; und sie zu hemmen und zu benachtheiligen lag weder in der Absicht der Regierung noch in der des Landtags, der bekanntlich die Frage der Umsatzsteuer für Konsumvereine angeregt hat. Die Abgeordneten, von denen die Angelegenheit in Fluß gebracht wurde, hatten vor allem die großkapitalistischen Unternehmungen im Auge, die, wie der Sächsischer Waareneinkaufs-Verein, in der Form der Konsumvereine dem Kleinhandel eine durchaus ungerechtfertigte und ihn schwer schädigende Konkurrenz bereiten. Ueber diese Absicht der Anregung ist die Regierung etwas hinausgegangen, und es läßt sich nicht in Abrede stellen, daß die von den Gemeinden getroffenen Maßnahmen hier und da zweischneidig gewirkt haben. Wenn nun aber verkannt, daß die Regierung neuerdings daran denke, ihren Standpunkt preiszugeben oder zu ändern, so würden wir das lebhaft bedauern. Wir halten einen solchen Rückzug nicht für nöthig und nicht für gut. Man begnüge sich damit, die Gemeinden anzuhaltend, sich die Konsumvereine etwas näher anzusehen, für die sie eine Umsatzsteuer feststellen

wollen; und man bestimme die Beschlüsse nur dann, wenn die Konsumvereine sich thatsächlich als unnothige Schädigungen des Kleinhandels, besonders aber dann, wenn sie sich als verkleidete, großkapitalistische Gründungen erweisen. Das dürfte genügen.“

München, 25. Januar. („Münchener Post.“) Der blaue Brief, der preussische Herr Kriegsminister behauptete kürzlich, daß die Offiziere, die im Avancement übergegangen worden seien, keinerlei Druck bezüglich einer Eingabe um Pensionierung ausgeübt werde. In Bayern scheint dies doch nicht ganz zuzutreffen, wie nachstehendes Schreiben, das an einen bayerischen Stabsoffizier gerichtet wurde und einen prinzipiellen Standpunkt einnimmt, zur Genüge beweist:

„München, 14. Juni 1888.
Ew. Hochwohlgeboren eröffne ich auf Grund höherer Weisung ergebenst, daß höchsten und höheren Orts die Frage angeregt wurde, ob sich das dienstliche Ansehen Ew. Hochwohlgeboren bei den Untergebenen fernher in dem erforderlichen Maße aufrecht erhalten lasse, nachdem Wohlieselben seit November 1886 in der Beförderung fortgesetzt übergegangen wurden und die Gründe der Nichtbeförderung von den Untergebenen richtig errathen zu werden vermögen; ferner

Ob Ew. Hochwohlgeboren Verfahren als mit den Interessen des Allerhöchsten Dienstes für die Dauer in Einklang stehend angesehen werden dürfe, da doch die Situation, in welcher sich Herr Major befindet, nicht ohne Einwirkung auf Ew. Hochwohlgeboren Gemüthsstimmung geblieben sein könne.

Indem ich dem Herrn Major davon Kenntniß gebe, als von den Konsequenzen, welche höchsten und höheren Orts aus Wohlbedenen bisherigen Verhalten gezogen wurden, ersuche ich — gleichfalls auf Grund höherer Weisung — um gefundene Bericht-erstattung hinsichtlich des weiteren Verhaltens Ew. Hochwohlgeboren auf diese Mittheilungen hin.

Der Regimentskommandeur
J. V.
gez. Relchior
Oberlieutenant u. etatm. Stabsoffizier.“

Als der Adressat dieses Briefes nicht reagierte, sondern um die Erlaubniß zum Weiterdienen bat, erhielt er drei Wochen später seinen Abschied.

Oesterreich.
Prag, 26. Januar. Im Landtage hielt der Statthalter im Auftrage des Ministerpräsidenten eine Rede, die den Handelsmann Baden wieder in seiner ganzen Glorie zeigte. Die Weisung des böhmischen Nationalitätenkreises sei ein Herzenswunsch der Regierung. Aber sie konnte nichts thun, die Parteien mühten anfangen. Aber dafür sorgen werde die Regierung, das den beiden Nationalitäten ein ihrer Bevölkerungszahl und Steuerkraft entsprechender Antheil an der Gesetzgebung und Verwaltung des Landes sichergestellt werde — nach den Reichstagswahlen. Zu diesem Zwecke werde die Regierung dem Landtage einen Gesetzentwurf auf Einführung von Kurien für die Wahl des Landesauschusses und der Landesinstitution in der Landeskommission unterbreiten — nach den Reichstagswahlen. Auch eine „auf Grundlage voller Gerechtigkeit“ beruhende Wahlordnungs-vorlage für den Landtag werde die Regierung vorlegen — ebenfalls nach den Reichstagswahlen. Also Böhmern, wählet, wie der Ministerpräsident will, dann wird es Euch an den Fleischdöpfen Badener'scher Günst nicht fehlen.

Frankreich.
— In Lille wurden am Sonntag an Stelle zweier sozialistischer Gemeinderäthe, deren Mandate annullirt worden waren, zwei Republikaner gewählt. Die Ordnungshelden jeder Farbe hielten zusammen und erreichten so einen vorübergehenden Erfolg. Natürlich ist der Jubel in ihrem Lager ganz unbeding. Ebenso sicher wird sich aber auch der Regenjammer einstellen.

England.
London, 26. Januar. Die „Morning Post“ schreibt, die Regierung gehe in keiner Weise von dem Gedanken ab, daß die Untersuchung gegen die Chartered Company bis zum Abschluß verfolgt werden müsse. Ein Kompromiß sei unmöglich.

Niederlande.
— Vom holländischen Kolonial-Kriegsschauplatz. Die Regierung erhielt, wie die „Frankfurter Zeitung“ meldet, Telegramme aus Afrika, denen zufolge die Verfolgung der Aufständigen im Gebirge wieder aufgenommen worden sei. Ferner traf die Nachricht von dem Tode Zank's Hoshim's und vieler anderer Vandalen ein.

Wiel Wahrscheinlichkeit hat der letzte Theil der Meldung sicherlich nicht für sich.

Spanien.
Madrid, 26. Januar. („Frankf. Ztg.“) Infolge anhaltenden Regens sind die Feldarbeiten verhindert. Gräßliches Elend herrscht in Andalusien; Diebstahltrüge plündern die Brotsäcken und die Wohnungen Wohlhabender. In vielen Ortschaften kommen Aufruhrer vor.

Amerika.
— **Finanzen der amerikanischen Union.** Nach der „N. H.-Z.“ belief sich die Bundesschuld am 31. Dezember 1896 abzüglich des Barbestandes im Schatzamt auf 992 929 582 Doll. (annähernd 4 Milliarden Mark). Diefelbe zerfällt in verzinsten Schuld 847 384 890 Doll. (ca. 3 400 000 000 M.); unverzinsten Schuld 373 888 271 Doll. (ca. 1496 Millionen Mark); insgesamt 1 221 249 966 Doll. (annähernd 4890 Millionen Mark). Der Barbestand im Schatzamt besteht aus: 175 103 982 Gd. Doll. (über 700 Millionen M.); 509 615 584 Silber-Doll. (über 2 Milliarden M.); Papiergeld 161 867 340 Doll. (über 600 Millionen Mark); Nationalbank-Depots zc. 17 286 644 Doll. (ca. 70 Millionen Mark); insgesamt 853 463 551 Doll. (über 3 1/2 Milliarden Mark), welchem Betrage Verbindlichkeiten in Höhe von 625 143 172 Doll. (über 2 1/2 Milliarden Mark) gegenüberstehen, sodas ein Saldo in Baar von 228 320 379 Doll. (über 900 Millionen Mark) verbleibt. Die sechs Monate des laufenden Fiskaljahres weisen im Budget ein Defizit von 37 902 897 Doll. (über 152 Millionen Mark) auf.

Reichstag.

162. Sitzung vom 26. Januar 1897. 1 Uhr.
Am Tische des Bundesraths: v. Bötticher.
Die erste Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend Abänderungen der Unfallversicherungsgesetze wird fortgesetzt.

Abg. Baasche (nall.): Mit besonderer Freude sehen meine Freunde den Versuch gemacht, die verschiedenen Zweige der Versicherung zusammen zu fassen, wie dies bei der See-Berufsgenossenschaft geschehen ist. Eine Verbesserung liegt in der Erweiterung der Unfallversicherung auf die häuslichen Dienste, in der Ausdehnung der Versicherung auf die Nebengewerbe u. s. w. Die Sozialdemokraten wollen die Unfallversicherung ausdehnen auf das Handwerk, die Hausindustrie und die Diensthoten. Ich bin nicht ganz überzeugt von der Nothwendigkeit der Einbeziehung des Handwerks, aber wenn dieselbe bewiesen wird, dann wird man nicht eine eigentliche berufsgenossenschaftliche Organisation dafür bilden können, sondern man wird, wie für die Landwirtschaft, territoriale Organisationen dafür schaffen können, denn eine Gefahr für das Handwerk liegt darin, daß die Handwerks-gesellschaften von den Wohlthaten der Unfallversicherung ausgeschlossen sind, während die Fabrikarbeiter versichert sind. Die meisten Vorschläge der Vorlage sind Fortschritte, die wir ohne weiteres anerkennen können; dahin gehören die Gewährung von Renten an die Ascendenten, die Selbstversicherung der Unternehmner, die Kapitalabfindung kleiner Renten. Dagegen sind wir gegen jede Beschränkung der Rekursinstanz, die wir nun einmal haben und die in der ausgiebigsten Weise benutzt wird. Wenn der Arbeiter an diese Rekursinstanz sich gewöhnt hat, so ist es doch be-

denklich, dieselbe irgendwie zu beschränken. Auch der Gedanke ist zurückzuweisen, daß für die Rekurse vielleicht in jeder Provinz eine Instanz geschaffen wird, denn dadurch würde die Einheitlichkeit der Rechtsprechung leiden. Auch die schwächere Befugung der Spruchkollegien hat Bedenken, denn bei der Herabsetzung der Zahl der Mitglieder würden, da die Raten nicht fortfallen sollen, gerade die Persönlichkeiten in Wegfall kommen, welche die Arbeit zu leisten haben. Das Reichs-Versicherungsamt kommt schließlich bei der Vorberatung solcher wichtigen Vorlagen auch in Betracht.

Eine größere Mitwirkung der Arbeiter bei der Unfallversicherung wünschen auch wir, aber so weit wie Herr Hilde können wir nicht gehen. An der Wahl sollen sich die Arbeiter ausreichend betheiligen können, das wünschen auch die Arbeitgeber, weil sie einsehen, daß gegen einen Theil der jetzigen Arbeiterbestände das Mißtrauen der Arbeiter sich ebenfalls richtet. Gegen die Erhöhung der Rente von 2/3 auf 3/4 des Lohnes haben wir grundsätzlichen Einspruch, wenn uns das genügende statistische Material darüber unterbreitet werden kann, ob eine solche Steigerung zulässig ist. Bei der ärztlichen Behandlung haben sich ja auch einige Mißstände herausgebildet, aber die hierzu gemachten Vorschläge bedürfen einer genaueren Prüfung.

Es ist in einer gewissen Verallgemeinerung von den Renten-ansuchen abfällig gesprochen worden. Ich halte diese Heilanstalten für eine große Errungenschaft, weil sie die Folgen der Unfälle möglichst vermindern. Es mögen ja dabei Zerwürfisse vorkommen, aber diese sprechen nicht gegen den Grundsatz, daß jedem Arbeiter möglichst seine gesunden Gliedmaßen wiedergegeben werden. Das ist die Berufsgenossenschaft gegen die Simulanten wehren, ist ein Interesse der Selbstversicherung. Es war interessant zu beobachten, wie die Sozialdemokraten sich dem Gesetz gegenüber stellten. Sie haben das Gesetz nicht angenommen, aber sie entschuldigen sich deswegen, also müssen sie das Gesetz nicht für so schlecht halten. Aber trotzdem hegt man die Arbeitererschaft dagegen auf Widerspruch bei den Sozialdemokraten, weil in einem einzelnen Falle einmal ein Unrecht geschehen ist. Jedenfalls ist ein solches Verhalten nicht dazu angethan, Zufriedenheit zu verbreiten. Das Gesetz ist ein gewaltiger Fortschritt gegenüber der rein zivilrechtlichen Haftpflicht. Das ganze Gesetz ist ein Fortschritt im eminentesten Sinne des Wortes, da der Arbeiter nicht mehr das Verschulden des Arbeitgebers nachzuweisen braucht. Die Gesetzgebung, die wir geschaffen haben unter Führung unseres Kaisers, dessen hundertjährigen Geburtstag wir demnächst feiern, hat Deutschland allen anderen europäischen Staaten vorangestellt, und diese Freude werden wir uns durch nichts trüben lassen, wir werden auf diesem Wege noch weiter energisch fortfahren. (Weißl bei den Nationalliberalen.)

Abg. Fischbeck (ref. Sp.): Den Vortag der Vorlage sehen wir in ihrer Beschränkung. Wir wünschen keine Ausdehnung der Unfallversicherung auf das Handwerk im allgemeinen, aber sind damit einverstanden, daß die Arbeiter versichert sind, wenn sie für häusliche Zwecke beschäftigt werden und daß die Bauhandwerker unter allen Umständen versichert sein sollen. Gegen die dreizehnwöchentliche Karenzzeit haben wir uns ausgesprochen. Die Arbeitnehmer in die Verwaltung der Berufsgenossenschaften aufzunehmen, dafür sind wir sehr eingetretet, aber es würden dazu mancherlei Änderungen der Berufsgenossenschaften erforderlich sein. Bei manchen Genossenschaften lassen die Sektionen nur gutachtliche Beschlüsse, der Berufsgenossenschafts-Vorstand, der vielleicht in Berlin sitzt, entscheidet. Da müßten die Arbeitervertreter ebenfalls in Berlin sitzen. Den Bedenken gegen die Beschränkung des Rekursrechtes müssen wir uns anschließen. Die Berufsgenossenschaften legen kaum einen großen Werth auf das Rekursrecht. Aber die Arbeiter legen, wie die Petitionen namentlich auch der Hirsch-Tunder'schen Gewerkschaft zeigen, diesem Rekursrecht großen Werth bei. Auch die anderen Bestimmungen, welche die Zuständigkeit des Reichs-Versicherungsamts beschränken wollen, müssen verworfen werden; namentlich die Uebertragung der Rekursachen auf die Landesbehörde ist bedenklich, weil sie die Einheitlichkeit der Geschäftsführung aufheben würde. Auch ich muß meine Verwunderung darüber ausdrücken, daß wir weder bei dieser Vorlage noch bei der Beratung des Etats des Reichs-Versicherungsamtes den Präsidenten des Reichs-Versicherungsamtes hier zu sehen die Freude hatten. Mit der Kapitalabfindung für kleine Renten sind wir einverstanden, wenn dabei nicht zu weit gegangen wird. Redner weist die Vorwürfe gegen die Berufsgenossenschaften, daß sie die Renten zu drücken suchen, in ihrer Allgemeinheit zurück; er verweist darauf, daß in vielen Fällen die Berufsgenossenschaft aus sich heraus die Rente des Arbeiters erhöht habe, wenn der Zustand des Arbeiters sich verschlimmert habe. Redner stellt dem Abg. Grillenberg die betreffenden Akten zur Verfügung. (Zwischenruf des Abgeordneten Grillenberg: So was ist mir noch nicht vorgekommen! Jurist des Abg. Köstler: Weil Sie nicht Bescheid wissen! Frage des Abg. Grillenberg: Was ist das für eine Berufsgenossenschaft? Jurist: Die Papierverarbeitungs-Berufsgenossenschaft.) Die Berufsgenossenschaften geben auch Renten, ohne daß sie verpflichtet sind, wenn die Verjährungsfrist abgelaufen war, ohne daß der Unfall zur Anzeige gebracht war. Die Vorwürfe gegen die Berufsgenossenschaften und ihre Verhalte sind daher übertrieben. Die Karte stellen den Berufsgenossenschaften nur ungenügende Zeugnisse aus, weil sie fürchten, von den Arbeitern in ihrer Praxis für objektive Zeugnisse benachtheiligt zu werden.

Ministerialdirektor v. Wobbe: Es wird als Beeinträchtigung des Reichs-Versicherungsamts empfunden, daß die Rekurse beschränkt werden sollen. Ich würde es bedauern, wenn die praktischen Vorschläge keine Billigung finden sollten. Ein Kommissar des Reichs-Versicherungsamts wohnt den Verhandlungen bei, ebenso wie die Mitglieder des Bundesraths, welche dem Reichs-Versicherungsamt angehören.

Abg. v. Stumm (Rp.): Daß das Reichs-Versicherungsamt ganz ohne Einfluß auf diese Vorlage gewesen ist, muß ich bestritten. (Sehr richtig! rechts.) In den Vordergrund treten für mich zwei bisher sehr wenig berührte Gesichtspunkte bei dieser Vorlage. Einmal die Frage der Versorgung der Wittwen und Waisen aller Industriearbeiter und dann der Umstand, daß wir es nicht bloß auf die Renten absehen, sondern vor allen Dingen auf die Verhütung von Unfällen und die baldmöglichste Heilung derselben. Die Renten der Unfallversicherung an sich sind ja nicht sehr hoch, aber verhältnismäßig doch sehr hoch gegenüber den Renten, welche die invaliden Arbeiter erhalten, die nicht durch einen Unfall zu Schaden gekommen sind, und die Hauptsache dabei ist, daß, während die Wittwen und Waisen nach dem Unfallversicherungsgesetz 60 pCt. des Lohnes des verunglückten Arbeiters erhalten, also ebenfalls, wie sonst der Arbeiter von seinem Lohne für seine Familie verwendete, die Wittwen und Waisen von nicht durch einen Unfall ungelassenen Arbeitern gar nichts erhalten. Wenn z. B. ein Arbeiter an der Schwindsucht stirbt, die er sich dadurch zugezogen hat, daß er innerhalb der Fabrik kolossaler Hitze und draußen der Eisefälte ausgefaßt war, so erhalten seine Relikten nichts, während die Relikten eines Arbeiters, der vielleicht durch großes Verschulden verunglückt ist, 60 pCt. des Lohnes erhalten. Hier liegt eine Anomalie vor, wie sie gar nicht stärker sein kann. (Sehr richtig! rechts.) Alle, die ein Herz für die Arbeiter haben, sollen sich dahin vereinigen, wenn sie glauben, den Arbeitgebern noch mehr auferlegen zu können, zunächst diese Anomalie zu beseitigen und allen Industrie-Arbeitern eine Rente für die Wittwen und Waisen zu geben, ehe sie noch durch eine Erhöhung der Rente in dieser Vorlage die Anomalie vergrößern. Allerdings sind bisher noch erhebliche Bedenken gegen die Wittwen- und Waisenversorgung, wie ich sie immer verlangt habe, laut geworden, und sie wurzeln in der Ansicht, daß man der Industrie größere Lasten nicht mehr auferlegen kann. Diese Bedenken werden erheblich vermindert, wenn Sie durch die Erhöhung der Renten der Industrie neue Lasten auferlegen. Deswegen bitte ich den Abg. Hilde, von dem ich weiß, daß er meine Auffassung über die Nothwendigkeit der Wittwen- und Waisenversorgung theilt, dringend, sich wohl zu überlegen, ob er auf der Erhöhung der Rente auf 75 pCt. bezw. für die Relikten auf 70 pCt. bestehen will, und lieber damit zu warten, bis wir das andere

Postulat erreicht haben, dann will ich mich gern mit ihm darüber unterhalten.

Herr Grillenberger betrachtet die Vorlage von dem Gesichtspunkte aus, als handle es sich um eine Ausdehnung der Haftpflicht. Aber die Fälle, in denen zivilrechtlich eine Haftung stattfindet, sind ganz verschwindend gegen die Entschädigungen durch die Unfallversicherung. Wenn wir die Fälle, wo zwar nicht ein großes Verschulden, aber doch ein fahrlässiges Benehmen eines Arbeiters oder Mitarbeiters stattfindet, herausnehmen, so bliebe nicht viel übrig; man müsste denn zu drei verschiedenen Kategorien der Unfallverletzten kommen, erstens solchen, für die volle Haftpflicht vorliegt, zweitens solchen, die durch force majeure (höhere Gewalt), durch einen Unfall oder eigenes leichtes Verschulden verunglückt, wo etwa dieselbe Rente zu zahlen wäre, wie bei jedem anderen invaliden Arbeiter, und dann drittens solchen, die durch großes Verschulden verunglückt sind, wo gar nichts gezahlt würde. Dadurch würden wir alle die Renten des alten Haftpflichtgesetzes wieder bekommen. Im Vergleich zu den Renten, die heute in der Industrie auf Grund des Haftpflichtgesetzes gezahlt werden müssen, machen die Renten auf Grund des Unfallversicherungsgesetzes etwa das Fehlfache aus. In Bezug auf die Unfallrenten - Festsetzung bin ich auch der Ansicht, daß es sehr viel richtiger wäre, den Verletzten durch eine, wenn es sein muß, zwangsweise Aufnahme in eine Heilanstalt zu heilen und ihn wieder zu einem vollen Staatsbürger zu machen, als ihn aus schwächerer Rücksicht auf seine momentane Annehmlichkeit oder sein Vorurteil gegen die Operation zeitweilig zum Krüppel zu machen. Wenn man diese Anstalten Renten - Querschen genannt hat, könnte man mit viel größerem Recht die Arbeiter, die sich ihnen entziehen, Renten - Herausquetscher nennen. Kanteln gegen die Vertrauensärzte bedarf es nicht. Es sind ja Schiedsgerichte vorhanden, und diese sind ja nicht an das Zeugnis der Vertrauensärzte der Berufsvereinigungen gebunden, ebenso wenig das Reichs - Versicherungsamt, und die Vertreter der Arbeiter können Widerspruch gegen diese Zeugnisse erheben. Auch ich bin der Meinung, daß die Bildung einer Reichs - Versicherungsanstalt bezw. von Landes - Versicherungsanstalten, wie sie 1881 zwar beschloffen, aber nicht durchgeführt waren, gegenüber dem jetzigen Zustand ein Vorzug wäre. Bei einer solchen Einrichtung wäre es auch möglich gewesen, das Handwerk und die Kleinbetriebe in die Unfallversicherung einzubeziehen, wogegen sich jetzt organisatorische Schwierigkeiten erheben, und so den sozialpolitischen Effekt des ganzen Gesetzes wesentlich zu erhöhen. Herr Hise hat sich dafür ausgesprochen, daß die einmal festgesetzte Rente unverändert bleiben sollte, jedenfalls so lange, bis das Schiedsgericht entschieden hätte. Der Arbeiter erhält jedenfalls, so lange er noch nicht geheilt ist, die volle Rente, es muß aber Regel sein, daß die zuerst ausgesprochene Vollrente nach einiger Zeit in die Normalrente übergeht.

Zurückweisen muß ich den Vorwurf des Abg. Grillenberger, daß die ehrenamtlichen Mitglieder der Berufsvereinigungen zu hohe Gehälter beziehen. Mein Ideal ist: Beitrag der Arbeiter zu der Unfallversicherung, gemeinschaftliche Verwaltung zwischen Arbeitern und Arbeitgebern, Wegfall der Schiedsgerichte und einzige Rekursinstanz das Reichs - Versicherungsamt. Die Arbeiter dürfen an der Verwaltung der Kassen nicht teilnehmen, wenn sie nicht bezahlet. Beschließt das nicht, so wird die Unzufriedenheit der Arbeiter erst recht wachsen. Ich bin nicht der Ansicht, daß die Kosten der Berufsvereinigungen sehr gering sind. Die Rekursinstanz des Reichs - Versicherungsamts dürfen wir nicht einschränken, denn wir müssen einheitliches Recht haben. Das Reichs - Versicherungsamt erfreut sich einer großen Popularität bei den Arbeitern, und den Wegfall dieser Instanz würden die Arbeiter sehr beklagen. Die Kommission wird sich höchstens darüber einigen, ob man nicht für kleine Unfälle mit vorübergehender Erwerbsunfähigkeit oder bei einer Erwerbsunfähigkeit unter einem gewissen Prozentsatz vielleicht die Schiedsgerichte als letzte Instanz entscheiden lassen soll. Die Unfallrente müßte vielleicht nicht nach der theoretischen Erwerbsunfähigkeit, sondern nach dem wirklich entgangenen Lohn bemessen werden. Ein Mann mit einem Leibschaden besitzt z. B. noch etwa 60 pCt. Erwerbsfähigkeit, findet aber doch schwer ein Unterkommen, weil viele Arbeitgeber nur gesunde Arbeiter nehmen. Andererseits giebt es Leute, die mehr verdienen als ihren vollen Lohn, gerade infolge eines Unfalls. So wurde ein Bergmann, dem ein Fuß abgenommen war, im Bureau beschäftigt, avancierte dann zum Schichtmeister und bekam mehr, als er jemals vor dem Unfall an Lohn bekommen hatte. Aber in der Praxis läßt sich garnicht darauf Rücksicht nehmen. Wenn die Berufsvereinigungen die Rente nach dem wirklich entgangenen Lohn festsetzen sollten, so hätten sie eine Aufgabe, die sie garnicht lösen könnten. Höchstens könnte man es so machen, daß in den Fällen, wo die verminderte Erwerbsunfähigkeit nicht zusammenfällt mit dem verminderten Lohn, sondern gar kein Lohn oder ein sehr viel geringerer als nach der theoretisch ermittelten Erwerbsunfähigkeit erzielt wird, die Berufsvereinigungen das Recht erheben, Zulagen zur Rente zu machen. Bedenklich ist der Vorschlag des Abg. Mörike bezüglich der kleinen Unfälle, die eine nicht längere als 13 wöchentliche Erwerbsunfähigkeit herbeiführen. Es ist ja schwierig, wenn die Berufsvereinigungen die Entlohnung aller dieser kleinen Fälle auf sich nehmen sollen, die Kosten ständen mit der Rente in keinem Verhältnis; aber noch bedenklicher wäre es, wenn man nach dem Vorschlag des Abg. Mörike diese Sachen den Krankenkassen übertragen und ihnen einen Betrag an die Berufsvereinigungen geben wollte, denn dann müßten diese ohne weiteres bezahlet, würden also unter die Krankenkassen gestellt, ohne selbst eine Prüfung des Falles einzutreten lassen zu können.

Die Frage der Regresspflicht des Unternehmers, wenn durch strafgerichtliches Urteil ein Verschulden von ihm festgestellt ist, muß näher in der Kommission geprüft werden. Das Handwerk können wir nicht gegen dessen Wunsch in die Versicherung hineindecken. Ein Vortheil der Vorlage ist es aber, daß bei den Bau - Hilfsarbeitern der Unterschied, ob sie Kanalarbeiten oder andere, handwerkliche Arbeiten gemacht haben, wegfällt. Wir dürfen aber nicht so weit gehen und das Handwerk zur Versicherung zwingen. Thun Sie alles, was Sie wollen, aber überspannen Sie bei diesem Gesetz den Bogen nicht und vergessen Sie nicht das, was allem voraussetzt sollte, die Versicherung der Wittwen und Waisen aller Arbeiter. (Weisfall rechts.)

Württembergischer Regierungsdirektor v. Schifer, Mitglied des Reichs - Versicherungsamts: Ueber die Grundzüge des Entwurfs ist das Reichs - Versicherungsamt gehört und bei den Beratungen im Bundesrathe ist ein Vertreter desselben zugezogen worden. In corpore kann man das Amt nicht zuziehen. Es ist Sache des Präsidenten Bödiker, ob er selbst kommen oder jemanden beauftragen will. Ein Vertreter ist bei den Beratungen zugegen gewesen. Die Meinung des Reichs - Versicherungsamts ist vollständig berücksichtigt worden. Durch die Bestimmungen der Vorlage wird die Einheitlichkeit des Rechts nicht beeinträchtigt. Die Grundzüge der Rechtprechung werden immer von Versicherungsämtern entschieden werden; auch bezüglich der tatsächlichen Frage bleibe die Revision zulässig. Nur in gewissen thatsächlichen Fragen sollen die Schiedsgerichte endgiltig entscheiden, denn über diese Fragen ist das Reichs - Versicherungsamt schlechter informiert als die Vorinstanz. Das Reichs - Versicherungsamt ist ein so ungeschickter Körper geworden, daß die Einheitlichkeit der Rechtprechung gefährdet wird durch die Vielheit der Senate. Diesem Uebelstand sollte die Vorlage abhelfen.

Abg. Förster - Reusittin (Demos. P.): Bei dem Spring in das Dunkle, den wir mit dieser Gesetzgebung gemacht hatten, kommen selbstverständlich Mängel vor. Als Wohlthat sollte man das nicht bezeichnen, was ein Rechtsanspruch des Arbeiters geworden ist. Wenn die Sozialdemokraten diese Leistungen als Geschäftsproben bezeichnet haben, so ist dagegen nicht einzuwenden, als daß der Ausdruck geschmacklos ist. Wären die Sozialdemokraten ausschlaggebend gewesen, so hätten sie dem Gesetze wohl zugestimmt, so können sie sich billig als Volkbeglückler aufspielen, die den Arbeitern noch mehr hätten zuwenden wollen. Redner verweist darauf, daß die kleinen Brauereien zum Theil noch nicht versicherungspflichtig sind auf Grund eines irrtümlichen Beschlusses des Bundesraths. Als erfreulich bezeichnet es der Redner, daß die Bau-

herren eine Haftung für die Beiträge der Bauunternehmer übernehmen sollen. Gar zu knauserig sollte man nicht vorgehen und nicht immer an der Rente herumkneteln.

Abg. Graf Kanitz (L.): Das Bedürfnis der Reform wird allseitig anerkannt, denn es war vorhanden an dem Tage, an dem jedes einzelne Gesetz in Kraft trat. Die Frage der Verschmelzung aller Arbeiterversicherungen wird von den Motiven verneint. Fehr. v. Stumm hat den Wunsch nach einer Reichsanstalt zu erkennen gegeben, der die Unfallversicherung überwiesen werden soll. Ob ihr auch die Invalidenversicherung übergeben werden soll, hat er unentschieden gelassen. Ich bin der Meinung, daß man jetzt die Verschmelzung dieser Versicherungen vornehmen soll. Der Entwurf über die Reform der Invalidenversicherung ist bereits veröffentlicht. Wir wünschen eine Vereinfachung der verschiedenen Versicherungszweige. Welche Schwierigkeiten die Ausführung der 430 Paragraphen, die reformirt werden sollen, für die ausführenden Behörden mit sich bringt, davon hat niemand eine Ahnung, der nicht dabei betheiliget gewesen ist, namentlich in den Landgemeinden, wo die Leistungsfähigkeit ohnehin schon übermäßig in Anspruch genommen wird. Die Begründung der Invalidenversicherungs - Novelle führt aus, daß die meisten Versicherungsanstalten den durchschnittlichen Standpunkt erreichen. Die ostpreussische Versicherungsanstalt hat schon einen Fehlbetrag aufzuweisen, während Berlin bald von den Zinsen seines Vermögens die Renten zahlen kann. Ostpreußen hatte zwei Millionen Einwohner, Berlin 1 700 000 Einwohner, dabei hat Berlin nur den sechsten Theil der Renten zu zahlen, welche Ostpreußen zahlte. (Hört! hört! rechts.) Dabei ist Ostpreußen sehr viel weniger leistungsfähig, Berlin hat siebenmal mehr Einkommen, als Ostpreußen. (Präsident v. Supl macht den Redner darauf aufmerksam, daß die Invalidenversicherung nicht zur Debatte steht.) Ich glaube, auf diese Frage eingehen zu können, weil in den Motiven von der Verschmelzung der verschiedenen Versicherungszweige die Rede ist. Die Lage in Ostpreußen ist dadurch entstanden, daß dort die arbeitskräftigen Elemente auswandern und in die großen Städte ziehen. (Unruhe; Rufe im Centrum: Zur Sache!) In Westfalen hat sich seit 1880 die Zahl der Ostpreußen verdreifacht; aus den vier östlichen Provinzen Ostpreußen, Westpreußen, Posen und Schlesien waren 1880 26 000, 1890 dagegen 86 000 nach Westfalen gewandert. (Hört, hört! rechts.) Von Berlin fand aber nur ein geringer Abzug statt. Die Ursachen liegen in der ganzen Richtung unserer Politik, in der enormen Bevorrugung der Städte und der Großindustrie. Wir könnten daher nichts sehnlicher wünschen, als die ganze Gesetzgebung wieder aus der Welt zu schaffen und das Liquidationsverfahren darüber einzuleiten. (Zustimmung rechts, Widerspruch bei den anderen Parteien.) Das einzige Mittel wäre die Errichtung einer Reichsanstalt oder einer Landesanstalt, aber nicht bloß für die Unfall-, sondern auch für die Invaliditätsversicherung, damit eine gleichmäßige Vertheilung der Lasten herbeigeführt würde. Es handelt sich bei der Versicherungs - Gesetzgebung um ein großes soziales Problem, dessen Ergebnisse noch vollständig dahingestellt bleiben müssen. Wenn diese Gesetze durchgeführt werden sollen und eine solche Mehrbelastung einzelner Landestheile bestehen bleiben soll, so würde das ein unerträglicher Zustand sein. Jeder Staatsbürger hat ein gleichmäßiges Interesse daran, deshalb sollte jeder nach seinem Vermögen dazu beitragen, aber nicht jeder Arbeitgeber nach der Zahl seiner Arbeiter. In Ostpreußen ist es soweit gekommen, daß verschiedene Gutbesitzer ihre Güter verkauft haben, weil sie den Anforderungen der Versicherung nicht gerecht werden konnten. Diese Versicherungsbeiträge machen jetzt schon mehr aus, als die einkommens Grundsteuer. Ein einheitliches Reformwerk liegt uns nicht vor, sondern eine Flickarbeit. Ich schließe mit dem Wunsche, daß die verbündeten Regierungen uns bald ein einheitliches gerechtes Werk vorlegen werden. (Beifall rechts.)

Direktor v. Wöbcke: Die einheitliche Gestaltung des ganzen Versicherungswertes ist von den verbündeten Regierungen nicht unterwogen geblieben. Als im „Reichs - Anzeiger“ der Entwurf des Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetzes publizirt wurde, ist der Nachweis versucht worden, daß sich eine Gesetzgebung im großen Stil noch nicht empfehle. Daraus könne aber keineswegs gefolgert werden, daß es über kurz oder lang geschehen werde. Die Frage, ob man die Einkommensteuer oder das Vermögen bei der Invaliditätsversicherung zum Maßstab nehmen soll, ist vollständig unabhängig von der Verschmelzung der Versicherungen. Unzweifelhaft ist eine Prägravation (höhere Belastung) der östlichen Provinzen eingetreten. Der Reichskanzler ist aber sehr kurz dabei, zu prüfen, wie diese Prägravation zu beseitigen ist. Er will etwas Rehnliches wie der Vordredner, nämlich die Uebernahme der Leistungen auf breitere Schultern. Es sollen drei Viertel der Renten durch die Gesamtheit der Versicherungsanstalten getragen werden. Dadurch würden die östlichen Provinzen außerordentlich entlastet werden, vor allen Dingen die Landwirtschaft. Wenn in Ostpreußen wirklich eine Wüsthimmung herrschen sollte, so müßte ich doch bezweifeln, daß die Arbeiterversicherung sie hervorgerufen hat.

Die Altersgruppierung in den östlichen Provinzen ist etwas ungünstiger als in den westlichen, gewerbetreibenden; besonders in Berlin. Der gegenwärtige Gesetzentwurf aber enthält überhaupt keine Mehrbelastung.

Abg. Mollenkuhr (Soj.): Aus der Statistik geht hervor, daß die Berufsvereinigungen durchaus nicht so human verfahren sind. Die Zahl der Unfälle ist stetig gewachsen, auch die Zahl derjenigen mit tödlichem Ausgange. Aber die Zahl der Fälle, in denen die volle Rente gezahlt wird, ist nicht gewachsen, ein Beweis, daß die Berufsvereinigungen darauf drängen, nicht so viele volle Renten zu bezahlen. Die Belastung der Unternehmer wird natürlich in den Zeitungen gelobt, weil sie es nicht besser wissen. Aber der Staatssekretär sollte doch wissen, und weiß es auch ganz gut, daß den Staatsbahnarbeitern die gewährten Renten vom Lohn oder von der Pension abgezogen werden. Was beim Staatsbetriebe vorkommt, kommt auch bei Privatunternehmern vor. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Unternehmer verpflichtet sind, für alle Unfälle Entschädigung zu gewähren; gegenwärtig sind aber nicht alle Arbeiter versichert; 3 1/2 Millionen, namentlich die des kleinen Gewerbes, sind ausgeschlossen. Man müßte Organisationsformen finden, um die Arbeiter des Handwerks in die Versicherung einzuschließen. Es sollte nicht in den Rentenquerschen danach gestrebt werden, die Renten herabzusetzen, sondern es sollte mehr für die Verhütung von Unfällen geschehen; da haben aber gerade die landwirtschaftlichen Berufsvereinigungen sehr wenig geleistet; sie haben 298 M. dafür ausgegeben. Die Norddeutsche Holz - Berufsvereinigungsanstalt, deren Rentenquersche Neu - Rahnsdorf am meisten zu klagen Anlaß giebt, hat für 21 000 Betriebe zwei Aufsichtsbearbeiter angestellt! Ueber die Thätigkeit der Beauftragten der Berufsvereinigungen können die Gewerbe - Aufsichtsbearbeiter nur wenig berichten. Bei der Unfallverhütung sollte man den Krankenkassen ein Wort gestatten. Die Vereinigung der Invalidenversicherung mit der See - Berufsvereinigungsanstalt ist durchaus kein humaner Gedanke, sondern es handelt sich dabei nur um ein Geschäft der Berufsvereinigungsanstalt, und zwar um ein sehr gutes. Die Seeleute werden nicht nach gewisser Zeit selbständig; so gut bezahlen die Rheder ihre Leute nicht. Sie scheiden allerdings aus ihrem Verufe aus, aber sie suchen sich andere Arbeiten auf Schiffen; deshalb sollte man den Rhedern nicht die Beiträge der Arbeiter überlassen. 1892 rechneten sie die Rheder auf der Generalsammlung aus, daß innerhalb dreier Jahre eine Million Mark an Beiträgen gezahlt werden würde, aber nicht so erhebliche Renten. Deshalb sollte man eine Wittwen- und Waisenerziehung einführen, wobei man auch noch ein gutes Geschäft machte. Der Staatssekretär des Innern widersprach damals den Absichten der Rheder, wobei er das Gegentheil von dem ausführte, was jetzt in den Motiven steht. Wenn jetzt die Seeberufsvereinigungsanstalt kommen könnte auch die anderen Berufsvereinigungen kommen und die Beiträge ihrer Arbeiter zurückfordern. Dann würden die landwirtschaftlichen Anstalten sehr bald Bankrott machen müssen. Die Berufsvereinigungsanstalt wies damals auf die Gefahren hin, welchen die Seeleute ausgesetzt seien, durch das Anlaufen versehrter Häfen. Der Staatssekretär v. Wöbcke wies dem gegenüber darauf hin,

daß man den Tod am gelben Fieber als Betriebsunfall hätte auffassen können; aber in diesem Falle müßten die Betriebsunternehmer die Fürsorge für die Wittwen und Waisen selbst übernehmen. Auf diesem Standpunkt hätte man stehen bleiben sollen. Aber die Bestimmung ist dahin getroffen, daß nur die Wittwen und Waisen der Seeleute eine Rente erhalten sollen, die 45 Monate auf deutschen Schiffen gefahren sind. Nicht Gutzwilligkeit hat zu diesem Entschlusse der Rheder geführt, sondern sie sind gute Rechner, denn die Mehrbelastung ist eine sehr minimale, die See - Berufsvereinigungsanstalt ist ohnehin nicht sehr belastet, sie bezahlet 4,34 M. pro Kopf, die Brauerei - Berufsvereinigungsanstalt aber 10 M. Die volle Rente des Seemanns ist nur die Hälfte seines Arbeitsverdienstes. Man wollte bei der Schaffung des See - Unfall - Gesetzes die Rheder nicht zu sehr überlasten; aber die Angaben, die damals gemacht waren, haben sich als viel zu hoch herausgestellt. Deshalb sollte man das Gesetz nach dieser Richtung hin erheblich verbessern.

Abg. Hise (Z.): Wie verträgt sich die Rede des Grafen Kanitz mit der kaiserlichen Botschaft? Dem verdankt das Land die Invalidenversicherung? Den Konservativen, denn wir wollten dieselbe auf die Industrie - Arbeiter beschränken! Wie sollen die Beiträge im Wege der Steuern erhoben werden? Wir haben uns gegen den Reichszuschuß gewehrt; jetzt wollen Sie alles aus den Mitteln der Allgemeinheit decken? Das ist ja der reine Kommunismus! Dann müssen nicht bloß die Arbeiter, sondern alle Staatsbürger mit weniger als 2000 Mark Einkommen versicherungspflichtig werden, und die Kosten würden so steigen, daß die Landwirtschaft dabei noch schlechter wegkommen wird; dann werden die Herren im Osten nicht einmal mehr ihr Strohdach flicken können. Ich denke, wir kommen bei der Vorlage über die Invalidenversicherung darauf zurück.

Abg. Graf Kanitz (L.): Was Herr Hise als unausführbar bezeichnet hat, ist Gegenstand der ernstesten Erwägungen der verbündeten Regierungen gewesen. Jedenfalls kann es den östlichen Provinzen schlimmer als bei den jetzigen Versicherungsbeiträgen nicht gehen.

Damit schließt die Debatte. Die Vorlage wird einer Kommission von 28 Mitgliedern überwiesen.

Schluß 6 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr. (Fortsetzung der Staatsberatung. Post- und Telegraphenverwaltung.)

Parlamentarisches.

Während der heutigen Reichstagsdebatte beauftragte der Ministerialdirektor Dr. v. Wöbcke, wie dies Minister v. Böttcher früher schon gethan hat, daß die Novelle zum Alters- und Invaliditätsgesetz demnächst an das Haus kommen wird. Woher der Reichstag zu all' den ihm noch vorliegenden Arbeiten die Zeit nehmen soll, das mögen die Wähler wissen. Wir fürchten, daß von den vielen schönen Vorlagen gar manche auf Lager liegen bleiben wird.

Im Reichstag wird am 1. Februar die Plenarsitzung wegen der Kommissionsarbeiten ausfallen. Am 2. Februar findet wegen des katholischen Feiertages (Vichtmes) keine Plenarsitzung statt, und am 3. Februar wird voraussichtlich ein Schwermetalltag abgehalten werden mit der Tagesordnung „Normalarbeitstag“.

Budgetkommission des Reichstags. Die Kommission erledigte nach längeren Debatten eine Anzahl zurückgestellter Titel des ordentlichen Militäretats. Alsdann leidet man zur Verathung des Etats für den Invalidenfonds zurück. Abgeordneter v. Güttingen polemisiert gegen den Antrag Müller, der zu weit gehe, er beanspruche die Mittel für einen bestimmten Zweck bis zur äußersten Grenze. Er stellt einen Antrag, der die Hälfte verlangt wie der Antrag Müller. Abg. Hamacher erklärt, daß er und seine Freunde einstimmig für den Antrag Müller stimmen würden. Er widerlegt die Befürchtungen, die gegen den Antrag Müller erhoben wurden, auf Grund einer Reihe von Mittheilungen, die seitens seiner Freunde bei der Verathung des Antrages in der Fraktion gemacht wurden. Abg. v. Kardorff fürchtet, daß die Ansprüche nach Annahme des Antrages Müller ins Ungemeine steigen würden. Abg. Prinz Krenberg erklärt sich gegen v. Kardorff; Abg. Richter bleibt bei seiner Auffassung stehen, die ihn veranlaßt, gegen den Antrag zu stimmen. Abg. Müller vertheidigt seinen Antrag; eine Zunahme der Ansprüche trete nicht ein, man solle trachten, daß nunmehr die Wirkungen des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes in erheblich höherem Maße in Kraft treten, als bisher. Staatssekretär Graf Posadowsky warnt, dem Antrag Müller zuzustimmen, der die verfügbaren Mittel ganz in Anspruch nehme und so die Gefahr hervorrufe, daß andere Ausgaben erhöht werden müßten. Es erhalte jetzt mancher die Unterstützung auf Grund des Gesetzes, der sie keineswegs nötig habe. Abg. v. Leipzig er nimmt prinzipiell Richter zu, nachdem aber das Gesetz vom 28. Mai 1875 über den alten Rahmen des Invalidenpensionsgesetzes heranzugehen sei, könne man nicht zurück. Gätten manche Personen Unterstützungen ohne Recht erhalten, so ließe sich dieses rektifiziren. Seine Partei stimme für den Antrag Müller. Abg. Hug ist der Ansicht, daß die Mittel für die Bedürfnisse reichen, was er rechnungsmäßig nachzuweisen sucht. Nach zum Theil wiederholten Ausführungen der Abg. Hamacher, Richter, Lieber, Graf Posadowsky, v. Güttingen, Müller - Judta und Sebel wird zur Abstimmung geschritten und wird der Antrag Müller mit allen gegen 5 Stimmen angenommen. Ebenso wird ein Antrag Hamacher angenommen, der verlangt, daß der Reichskanzler ersucht werde, einen anderen Vertheilungsmodus für die Ueberweisung der Unterstützungsbeiträge herbeiführen zu wollen. Die Sitzung wird geschlossen. Nächste Sitzung Donnerstag.

In die Unfallgesetz - Kommission, welche aus 28 Mitgliedern bestehen wird, werden von der sozialdemokratischen Fraktion die Abgeordneten Grillenberger, Mollenkuhr und Stabthagen delegirt.

Der Entwurf eines Handelsgesetzbuchs sowie eines Einfuhrungsgesetzes dazu nebst erläuternder Denkschrift, sowie der Entwurf einer Grundbuchordnung ist dem Reichstage zugegangen.

Die Knappschafts - Berufsvereinigungsanstalt hat dem Reichstag eine Denkschrift betreffend die Abänderung des Gewerbe - Unfallversicherungsgesetzes überreicht, in welcher sie gegen die Annahme vieler Bestimmungen der Novelle Einspruch erhebt. Die Denkschrift wendet sich u. a. gegen alle die Neuerungen, welche eine erhebliche Mehrbelastung der Industrie zur Folge haben, so namentlich gegen die bedeutungslose Ausdehnung der Versicherung auf häusliche und andere Dienste und die Uebertragung des Rentenanspruchs auf den Wittwer und elternlose Enkel, worin eine unberechtigte Entlastung der Gemeinden auf Kosten der Industrie erblickt wird. Als unannehmbar bezeichnet man die Aenderungen, daß die Berufsvereinigungen die Renten im Falle der Erwerbsunfähigkeit schon vor Ablauf der dreizehnten Woche nach dem Unfall bis zur Höhe des Krankengeldes und auch die Differenz zwischen Krankengeld und Unfallrente für den Verletzten von der 5. bis zur 13. Woche übernehmen sollen, während bisher die Krankenkassen resp. die Betriebsunternehmer diese Lasten zu tragen hatten. Auch gegen die Einschränkung der Kompetenz des Reichs - Versicherungsamtes und die Erweiterung der Machtsphäre der Landes - Zentralbehörden wird in der Denkschrift Einspruch erhoben, ferner dagegen, daß etwa die Hälfte aller Schiedsgerichtsurtheile fortan nicht mehr rekursfähig sein sollen. Diese Einschränkung wird als eine der bedeutendsten Neuerungen des Entwurfs hingestellt, welche von den nachtheiligen Folgen für die Handhabung des Unfallversicherungsgesetzes sein würde.

Dem preussischen Abgeordnetenhaus ist der Entwurf eines Gesetzes betreffend die Fischerei der Ufen - Wägenhäuser und die Koppelscherei in der Provinz Hannover zugegangen.

Partei-Nachrichten.

Gemeindevahlen. In Braunschweig ist, wie schon telegraphisch gemeldet, unsere Partei leider auch bei der Stichwahl unterlegen. Der Mischmasch-Kandidat Nies siegte mit 787 Stimmen über unsern Kandidaten A. M. S., der 736 Stimmen erhielt. Die Wahlbeteiligung war etwas stärker als bei der Hauptwahl.

Ein Jubiläum. Mit seiner sechsten erschienenen Nr. 3 feiert der „Süddeutsche Postillon“ seinen 16. Geburtstag. Im Jahre 1882 wurde das Blatt von Louis Bieder und Max Regel gegründet. Der „Südd. Postillon“ erschien ursprünglich als wöchentliches Feuilleton der „Südd. Post“, trat aber schon 1888 als selbständiges Wochenblatt auf. Mitte Oktober 1885 wurde aus dem Wochenblatt ein achtsseitiges illustriertes Monatsblatt. Seit 1891 erscheint der „Postillon“ zweimal im Monat, seit dem 1. Mai 1892 bringt er farbige Illustrationen. Als Redakteure am „Postillon“ waren thätig: Max Regel (bis 1888), dann Ernst Klar, Bieder, M. Ernst. Seit der Nr. 8 des Jahres 1892 wird das Blatt von Eduard Fuchs geleitet. Die Entwicklung, die der „Süddeutsche Postillon“ bis heute genommen hat, war eine Entwicklung nach aufwärts. Ab und zu freilich hätte etwas mehr abwägender Geschmack weder den mitarbeitenden Schriftstellern noch den Illustratoren etwas geschadet. Vielleicht hätte auch manchmal die Erwägung angefaßt werden können, ob denn jeder Einfluß souveräner Laune, auch ein solcher, der das Gefühl der Parteigenossen verletzt, verwirgt werden muß.

Von der Agitation. Genosse Manfred Wittich aus Leipzig unternimmt Ende Februar eine Agitationstour durch Thüringen.

Der Sozialdemokratische Verein in Braunschweig hatte im vorigen Jahre eine Einnahme von 1890,50 M. Die Ausgaben betrugen 1182,55 M., sodas ein Bestand von 197,95 M. übrig blieb. Versammlungen wurden 20 abgehalten; zwei auswärtige Redner hielten Vorträge.

Der Sozialdemokratische Verein in Stuttgart hatte im abgelaufenen Jahre eine Einnahme von 4922,20 M. zu verzeichnen. Nach Abzug der Ausgaben blieben am Jahreschlusse 734,16 M. übrig. Zur Einrichtung und Erhaltung des Arbeitersekretariats bewilligte der Verein einen Jahresbeitrag von 250 M. Für die Partei ist der Verein sehr thätig gewesen. Neben 6 Parteien und 11 öffentlichen Versammlungen wurden in Stuttgart nicht weniger als 88 Bezirksversammlungen abgehalten.

Deutscherische Parteiliteratur. Die bevorstehenden Wahlen lenken das Interesse aller Parteigenossen auf die Verhältnisse innerhalb der deutschsprachigen Grenzgebiete. Während früher die österreichische Sozialdemokratie lediglich auf die Literatur der deutschen Sozialdemokratie angewiesen war, wurde in den letzten Jahren eine eigene Literatur geschaffen, die vom sozialistischen Gesichtspunkte aus die eigenartigen Verhältnisse Oesterreichs behandelt. Besonders in der letzten Zeit vor der Ausschreibung der Wahlen wurden eine Anzahl Schriften veröffentlicht, deren Erwähnung so manchem unserer Leser erwünscht sein wird. Wir nennen heute:

Was die Umstürzler wollen! Können wir Sozialdemokraten wählen? Ein Wegweiser für Wähler, insbesondere der fünften Kurie. Diese außerordentlich wirkungsvolle Schrift (Preis 10 Pf.) enthält auf 48 Seiten Ausführungen, die jedem Proletarier überzeugend nahelegen, sich der Sozialdemokratie anzuschließen und bei den Wahlen für die Kandidaten unserer Partei einzutreten.

Rechtliche Zweideutigkeit wird in der Anlage verschieden von der vorgenannten Schrift, die Broschüre: „Die politischen Parteien und das arbeitende Volk“ von Dr. J. Giesler. Bald nach dem Erscheinen wurde konstatirt die 84 Seiten starke Schrift „Lustig ist's Soldatenleben. Lichtbilder aus Oesterreich“ (Preis 20 Pf.). Wer diese gefächelt zusammengestellte Schrift mit Verstandnis gelesen hat, wird bei den Wahlen sicherlich nicht einem Kandidaten die Stimme geben, der für Fortbestehen und Vermehrung der Militärlasten zu haben ist.

Die diesmaligen Wahlen in Oesterreich werden auch das Schicksal der Schule bestimmen. Siegen die Merikalen und die mit ihnen eng verbundenen nationalen Parteien, so ist das Schicksal der konfessionslosen Schule besiegelt, dann hört die bis zu einem gewissen Grade existierende Unabhängigkeit der Schule von der Kirche auf, dann brechen schwere Tage für die österreichische Lehrerschaft an. Deshalb wendet sich eine von der österreichischen Partei-Buchhandlung herausgegebene Schrift an die Lehrerschaft. Die erste Ausgabe dieser Schrift: „Oesterreichische Volksschule“ zu Lande. Ein Wort an das Volk und seine Lehrer von Adolf Mähler, wurde sofort nach dem Erscheinen konstatirt. Doch liegt nun eine zweite Auflage vor, die auch in der durch den Staatsanwalt konstruirten Form Auffklärung und Belehrung über die Stellung der bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokraten zu den Bildungsbefreiungen verbreiten wird.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.
— Das Landgericht in Lübeck, dessen harte Verurtheilung streikender Arbeiter des Emailwerkzeuges von Thiel u. Söhne noch in frischem Gedächtnis ist, hat ebenfalls in Sachen dieser Firma zwei Urtheile gefällt, die wegen der Höhe des Strafmaßes selbst uns, die wir doch an harte Urtheile gewöhnt sind, befremden müssen. Es erhielt der Vertreter des Streikkomitees, Genosse Heinrich Schweiger, wegen eines zur Vertheidigung gegen Angriffe herausgegebenen Flugblatts drei Monate Gefängnis, während der frühere verantwortliche Redakteur des „Völkchen“, Genosse Otto Friedrich, wegen mehrerer Notizen, die ebenfalls zur Vertheidigung der streikenden Thiel'schen Arbeiter geschrieben waren, zu folgenden Strafen verurtheilt wurde: wegen Verleumdung Thiel's zu 4 Monaten, wegen Verleumdung von Schulz-leuten zu 2 Wochen, wegen Verleumdung des Polizeiwachmanns Veim zu 4 Monaten und wegen Verleumdung des Lübecker Polizeiwachmanns zu 6 Monaten Gefängnis, welche Strafen in ein Jahr Gefängnis zusammengezogen wurden. Der Staatsanwalt hatte gegen Friedrich insgesamt nur 10 Monate beantragt. Das Gericht ging also über das beantragte Strafmaß noch erheblich hinaus.

— Die Mannheimer „Volkstimme“ hat in einem Spezialfalle mitgetheilt, wie im dortigen Gewerbegericht zwei Unternehmerbesitzer und der Vorsitzende gestimmt haben. Deswegen ist gegen den verantwortlichen Redakteur Diech und den Genossen Sülkind ein Zeugniszwangsverfahren eingeleitet worden. Obgleich Sülkind, der zunächst vernommen wurde, unumwunden zugab, daß er das Material zu dem betreffenden Artikel geliefert hat, wurde Genosse Diech wegen seiner Weigerung, den Gewährungsmann zu nennen, doch vom Richter Schlimm in eine Strafe von 100 M. genommen.

— In Straßburg i. L. hatte Genosse Bick, der Verbreiter des mit Ende vorigen Jahres eingegangenen „Völkchen“ für Tellow-Beeslow, dieses Blatt und den „Wahren Jacob“ den Abonnenten durch seinen zwölfjährigen Sohn zustellen lassen. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft erhielt er vom Amtsgericht einen Strafbefehl über 3 M. oder einen Tag Haft wegen „grobe Unfug“, weil er schulpflichtigen Kindern Druckschriften sozialdemokratischen und anstößigen Inhalts zur Kenntnissnahme und Weitergabe übergeben habe. Genosse Bick hat gegen diesen Strafbefehl natürlich Einspruch erhoben. Er wird seinen schulpflichtigen Sohn vermuthlich nur in ganz seltenen Fällen zum Ausstragen der Schriften verwenden haben, denn unsere Partei verurtheilt bekanntlich die Kinderarbeit. Was an den verbreiteten Schriften „anstößig“ sein soll, wird sich ja vom Richter herausstellen. Daß sie sozialdemokratisch sind, genügt nicht; bis jetzt wenigstens ist der Begriff des „grobe Unfug“ noch nicht soweit entwickelt.

— Das Düsseldorf'sche Landgericht fällt als Verurtheilung eine für die Schriftenverbreitung wichtige Entscheidung. Ein Parteigenosse hatte auf einer Agitationstour in einem Bahnhof 3 Druckschriften als Flugblätter u. s. w. vertheilt. Die Polizei zog ihn zur Verantwortung, weil er die Verbreitung ohne polizeiliche Erlaubnis an einem öffentlichen Orte vor-

genommen habe. Das Schöffengericht in Gerresheim erkannte auf Freisprechung. Gegen dieses Urtheil legte der Ankläger Berufung ein. Das Landgericht entschied aber ebenso wie die Vorinstanz und begründete das freisprechende Urtheil u. a. wie folgt: „Nach § 43 Abs. 5 der Reichs-Gewerbe-Ordnung ist in geschlossenen Räumen zur nicht gewerbmäßigen Vertheilung von Druckschriften oder anderen Schriften oder Bildwerken eine polizeiliche Erlaubnis nicht erforderlich. Daß unter geschlossenen Räumen namentlich auch Wirthshäuser und ähnliche geschlossene, wenn auch öffentliche Räume im Gegensatz zu Räumen unter freiem Himmel zu verstehen sind, beweist die Entschuldigungs-Geschichte der Novelle. (Nach dem stenographischen Bericht des Reichstags 1882/83, Bd. 4, S. 2733 begründete der Antragsteller vorerwähnte Unterscheidung dadurch, daß eine Vertheilung des Publikums, welche ein Vertheilen von Druckschriften auf Straßen u. s. f. immer mit sich bringe, in geschlossenen Räumen, so namentlich Wirthshäusern nicht so nahe liege). . . Diese Bestimmung findet hier Anwendung. Dem Angeklagten ist ein gewerbmäßiges Handeln nicht nachgewiesen; auch steht fest, daß die Vertheilung in einem Bahnhof-Wartesaal, also einem geschlossenen, wenn auch öffentlichen Räume stattgefunden hat. Dies mußte zur Verwerfung der die Freisprechung anfechtenden Berufung führen.“

Soziales.

Sarpener Bergangelegenheit. Nach einem eben veröffentlichten Berichte hat die Kohlenproduktion dieser Gesellschaft in den ersten 6 Monaten des laufenden Geschäftsjahres (Anfang Juli bis Ende September 1896) nicht weniger als 8884000 M. an Ueberschüssen abgeworfen. In der entsprechenden Periode des Jahres 1895 beliefen sich die Ueberschüsse auf 2260000 M., in der des Jahres 1894 auf 1790000 M. Was ist von diesem Goldregen in die Hütten der Bergarbeiter gedungen?

Religionsbekenntnis der preussischen Bevölkerung. Nach dem endgültigen Ergebnis der Volkszählung vom 2. Dezember 1895 beträgt die Zahl der Protestanten in Preußen 20 430 899 (gegen 19 296 253 am 1. Dezember 1890). Darunter waren evangelische Christen 20 351 448 (19 282 449), Brüdergemeinde 4800 (4514), Menoniten 13 951 (13 893), Baptisten 31 877 (23 969), englische und schottische Hochkirche, Presbyterianer 2496 (2175), Methodististen 4217 (3232), apokalyptische Kirche 22 610 (16 081). Die Zahl der Katholiken betrug 10 999 505 (10 252 818), und zwar 10 997 559 (10 251 458) römisch-katholische und 1946 (1860) griechisch-katholische. An sonstigen Christen waren vorhanden 89 794 (31 545), und zwar 1187 (929) Deutsch-Katholiken, 8841 (7304) Freireligiöse, 27 656 (20 273) Dissidenten und 2640 (3038) sonstigen geistlichen Bekenntnisses. Die Zahl der Juden belief sich auf 379 716 (372 039), der Bekenner anderer Religionen 202 (328); mit unbestimmter Angabe des Religionsbekenntnisses waren vorhanden 4379 (2872), ohne Angabe des Religionsbekenntnisses 628 (1492) Personen.

Ueber die Geschäftspraktiken eines sozialdemokratischen Konsumvereins weiß die „National-Zeitung“ ihren Lesern eine abspannende Geschichte aus Krimmischau zu erzählen. Die Wäckerlei des dort bestehenden Konsumvereins soll eine arge Vordruckerie betrieben haben, da zu einer Arbeit, die bisher neun Mann fertig stellten, später nur acht Mann beansprucht worden seien, ohne daß den Arbeitern für die gleiche Arbeitsleistung auch eine entsprechende Lohnvermehrung gewährt worden wäre. Die Klage vor dem Gewerbegericht sei abgewiesen und die Arbeiter seien sodann entlassen worden. Da diese Notiz einem Partei-Organ, der „Burgstädter Volksstimme“ entnommen ist, so fabulirt die „Nat.-Ztg.“ freich darauf los, daß diese scholle Behandlung der Arbeiter eines sozialistischen Betriebes zu theil wurde. Nun stellt sich aber nach unserer näheren Information heraus, daß, abgesehen davon, daß wir überhaupt jede Verantwortung für die Geschäftsleitung der Konsumvereine ablehnen, weil sie keine Parteigründungen sind, in dem Krimmischauer Verein unsere Gegner das Zepher führen. Unsere Parteifreunde sind seit Jahren aus dem Verein ausgetreten und haben eine besondere Konsum-Genossenschaft gegründet. So geht es gewöhnlich unsern Gegnern. Wenn sie glauben, glücklich ein Beispiel erfaßt zu haben, das den Widerspruch zwischen Theorie und Praxis der sozialdemokratischen Partei beweise, dann schnellst der abgeschossene Pfeil auf sie selbst zurück.

Das Münzgesetz eines städtischen Arbeitsnachweises ist vom Kreisamt genehmigt worden. Das Statut bedarf nun noch der Zustimmung des Ministeriums.

Unternehmer-Verbände.

Rheinisch-Westfälisches Kohlenyndikat. Eine größere Anzahl von Vertretern des Syndikats in Bremen, Bremerhaven, Hannover, Westermünde, Nienburg, Oldenburg u. s. w. hat die Gründung einer einheitlichen Verkaufsstelle in Bremen beschloffen zum Zweck des gemeinschaftlichen Vertriebes der vom Syndikat bezogenen Kohlen. Die Vereinigung trägt den Namen „Deutsche Kohlenhandels-Gesellschaft“, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Bremen; ihr ist vom Syndikat der Alleinverkauf für einen besonders abgegrenzten Bezirk übertragen. Die bereits abgeschlossenen Lieferungsverträge werden bis Ende März dieses Jahres in bisheriger Weise durch jede einzelne Firma selbst abgewickelt; die über den 1. April d. J. hinausreichenden Abschlüsse hingegen werden von diesem Zeitpunkt ab von der Vereinigung übernommen und für deren Rechnung abgeföhrt.

Nach der endgültigen Ermittlung betrug die **Vertheilungsziffer** sämtlicher Zechen am Kohlenyndikat, die der Förderabrechnung pro 1896 zu Grunde liegt, 41 885 293 To., die Förderung 33 916 112 To., letztere blieb also um 8 069 181 To. oder 7,31 pCt. hinter der Vertheilungsziffer zurück.

Nachdem die **Vereinigten rheinisch-westfälischen Stabeisen-Walzwerke**, wie im „Vorwärts“ schon kurz erwähnt wurde, den Grundpreis um 4 M. (pro Tonne) erhöht haben, beträgt der Grundpreis pro Tonne nunmehr 130 M. für Fluß- (Thomas-) Stabeisen und 135 M. für Schweiß-Stabeisen, einschließlich der Fracht ab Dortmund beziehentlich Köln.

Der **Oberschlesische Walzwerks-Verband** hat die Preise um 5 M. pro Tonne (à 20 Zentner) erhöht.

Die **sieben Kammgarnspinnereien des Oberelsaß**, die zusammen mit fast 400 000 Feinspindeln arbeiten, haben beschloffen, die Garnproduktion bis auf weiteres um ein Sechstel zu reuozieren, in der Erwartung, daß die Mehrtheit der Kammgarn-Spinnereien des übrigen Deutschlands, die in dem Verein der deutschen Kammgarn-Spinner organisiert sind, diesem Beschlusse beitreten. In Mülhausen i. E. hat sich der Beschluß den Arbeitern bereits fähbar gemacht. Wegen Mangels an Bestellungen wird dort seit dem 23. Januar an den Sonnabenden überhaupt nicht mehr gearbeitet. Wie in der Sonntagnummer des „Vorwärts“ schon mitgetheilt wurde, hat das für die Arbeiter einen Lohnverlust von 10—16 M. monatlich im Gefolge.

Eine **Versammlung von Düngemitteln-Großhändlern** ganz Deutschlands, die in Berlin abgehalten wurde, hat die Errichtung einer Ein- und Verkaufsgenossenschaft als Gesellschaft mit beschränkter Haftung beschloffen. Die Genossenschaft, die ihren Sitz in Berlin hat, soll ein Gegengewicht bilden zu der Ueber-einkunft, die die Thomaspophosphatmehl-Fabrikanten Deutschlands und Oesterreichs mit einander getroffen haben.

Versammlungen.

Kongress der Steinarbeiter Deutschlands in Hof. Die von den einzelnen Delegirten erstatteten Berichte gewährten einen interessanten Einblick in die Verhältnisse, mit denen die Steinmehren zu rechnen haben. Am schlechtesten steht es demnach im Odenwald und im bayerischen Fichtelgebirge. Lange Arbeitszeit, miserable Löhne, schlechte Behandlung, das sind die Klagen, die sich

wie ein rother Faden durch die ganzen Verhandlungen ziehen. Es wurde nach ausgedehnter Debatte beschloffen, eine Broschüre herauszugeben über die Verhältnisse im Steinarbeitergewerbe einst und jetzt. Allgemein sprachen sich die Delegirten dagegen aus, Flugblätter herausstellen, die für ganz Deutschland berechnet sind; in dem besonders betont wurde, daß dann den örtlichen Verhältnissen nicht genügend Rechnung getragen werden könne. Der Kongress beschloß deshalb, den Vertretern der großen Agitationskommissionen das Recht zuzusprechen, Flugblätter für ihren Bezirk nach Bedarf herauszugeben, in denen besonders auf die örtlichen Verhältnisse Bezug genommen wird. Die Kosten trägt die Geschäftsleitung. Außerdem ist auch die Beforgung von Referenten für ihren Bezirk den Vertretern der Bezirks-Agitationskommissionen übertragen worden. Damit war der zweite Punkt der Tagesordnung erledigt. Zur Organisation lag zunächst folgender Antrag aus Schwarzenbach a. S. vor: „Die lose Organisation der Steinarbeiter ist aufzuheben und wird an deren Stelle ein Verband der Steinarbeiter mit Zentralisation gegründet; der Kongress hat zugleich die Ausarbeitung des Statuts vorzunehmen.“ Ein Antrag aus Bunsau verlangte, daß an der jetzigen Organisationsform festgehalten werden solle. Nach längerer Debatte wurde der erst-erwähnte Antrag zurückgezogen, womit dann auch der andere als binjällig betrachtet wurde. Eine heftige Debatte rief folgender, von Dresden gestellter Antrag hervor: „Den Kongress zu beauftragen, und der Generalkommission anzuschließen, wenn alle Organisationsformen bei der Generalkommission anerkannt werden.“

Thomas und Kehler vertraten den Standpunkt, daß der Anschluß an die Generalkommission keineswegs zum Vortheil sei. Die Steinarbeiter hätten an die Kommission 1800 M. zu bezahlen, welche Summe sie lieber selbst zur Agitation für ihre Organisation verwenden wollten, umso mehr, als die Agitatoren, welche die Generalkommission hinausföhrt, zur Agitation unter den Steinriegeln nicht brauchbar wären. Sabbath erblickte in dem Preisbleiben der Steinarbeiter einen Mangel an Solidaritätsgefühl. Nachdem die Steinarbeiter Delegirte zu den Gewerkschaftskongressen entsendet hätten, müßten sie auch ihre Beiträge an die Generalkommission leisten, denn lediglich zum Zuhören Delegirte zu entsenden, sei überflüssig. Die Organisationsform der Steinarbeiter werde durch den Beitritt zur Generalkommission in keiner Weise berührt. Thomas legte gegen den Vorwurf, daß es den Steinarbeitern an Solidaritätsgefühl mangle, Verwahrung ein, sie seien im Gegentheil stets bereit, andere Gewerkschaften zu unterstützen. Nachdem Sabbath nochmals energisch für den Anschluß eingetreten war und einige andere Redner außer den Antragstellern im gegentheiligen Sinne sich geäußert hatten, wurde mit 88 gegen 9 Stimmen der Antrag auf Anschluß an die Generalkommission abgelehnt. Ein weiterer Antrag des Zentralausschusses lautete wie folgt: „Der Anschluß stellt den Antrag, auf die Tagesordnung des Kongresses zu setzen: Stellungnahme zu dem geplanten Kongress der Lokalorganisirten Gewerkschaften mit Vertrauensmännersystem, welcher im Laufe des Jahres stattfindet.“

Der Kongress beschloß Uebergang zur Tagesordnung mit der Motivirung, daß die Steinarbeiter ihre eigene Organisationsform haben und es ablehnen müssen, sich in den Streit zwischen den Anhängern der lokalen und der zentralen Richtung einzumischen. Mit der Beschickung der Lokalorganisirten Gewerkschaften würde man sich direkt für die lokale und gegen die zentrale Richtung aussprechen, wozu für die Steinarbeiter kein Anlaß vorliege.

Durch einen recht bedauerlichen Irrthum unseres Berichterstatters ist im Bericht der gestrigen Nummer eine falsche Darstellung gegeben. Thomas-Nixdorf ist nicht für den Anschluß an die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands eingetreten, sondern wies darauf hin, daß die 1800 M., welche jährlich bezahlt werden müßten, besser im Interesse der Organisation verwendet werden könnten. Der Antrag auf Anschluß an die Generalkommission wurde von Dresden gestellt.

Der **Verband der Vergolder** hatte am 15. Januar seine Generalversammlung abgehalten. Nach einem Ueberblick über die Ereignisse des verfloffenen Jahres verlas der Kassirer den Jahresbericht, der in Einnahme mit 1667,82 M. und in Ausgabe mit 261,85 M. abschließt. Die Wahl des Vorstandes ergab folgendes Resultat: Gwald, erster, Deutler, zweiter Vorsitzender; Krüger, Kassirer; Schwarz, Schriftführer; Hedmann, Beisitzer; Nitolat, Langner und Otto, Revisoren; Zache und Kassube, Bibliothekare. Die Versammlung beschloß sodann, bei Berner, Balowstr. 59, und bei Gwald, Schönleinstr. 6, Zahlstellen zu errichten. Kritisiert wurde, daß bei der Firma Rugsfeldt wieder 10 Stunden gearbeitet wird.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Weiskensfeld, 26. Januar. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Der Fabrikanten-Verein hat heute Verhandlungen mit der Zentral-Streikkommission angebahnt. Nach zweistündiger Verhandlung kam es zur Anerkennung von Minimal-Akkordsätzen. Weitere Verhandlungen und Prüfung der Arbeiter-Forderungen finden am Donnerstag statt.

Brüssel, 26. Januar. (B. H.) In der heutigen Kammer Sitzung stand das neue Kammerreglement zur Berathung. Mehrere sozialistische Abgeordnete protestirten heftig gegen die Vorlage, welche ausschließlich gegen die Sozialisten gerichtet sei. Als ein Sozialist die katholischen Mitglieder der Kammer als Mörder und Diebe bezeichnete, entstand ein ungeheurer Tumult, so daß die Sitzung aufgehoben werden mußte.

Paris, 26. Januar. (M. L. B.) Deputirtenkammer. Das Haus setzte die Berathung über die Reform der Zuckersteuer fort. Graux, namens der Zollkommission, und Krantz im Namen der Budgetkommission, sowie der Finanzminister Cochery bekämpften den Gegenentwurf Siegfried, weil derselbe ein jährliches Defizit von 81 Millionen Franken hervorgerufen würde. Siegfried hielt seinen Gegenentwurf aufrecht. Ministerpräsident Méline sprach die Ansicht aus, die Annahme des Siegfried'schen Entwurfs würde zur Schließung der Zuckerfabriken führen. Die Zuckerindustrie würde der deutschen Forderung gegenüber entwaffnet sein. Ribot führte aus, man müsse in geeigneter Weise die durch Deutschland getroffene Kampfesmaßnahme erwidern. Schließlich wurde der Siegfried'sche Gegenentwurf mit 306 gegen 217 Stimmen unter lebhafter Bewegung des Hauses abgelehnt.

Wien, 26. Jan. (B. H.) Aus hiesigen diplomatischen Kreisen kommt die Bestätigung, daß die Großmächte geneigt sind, die für die Sanirung der türkischen Finanzen notwendige Anleihe zu garantiren, das heißt wenn der Sultan die von den Völkshäusern bereits ausgearbeiteten Reformvorläge unverändert annimmt. Dant Meldungen aus finanziellen Kreisen soll die von den Großmächten zu garantirende türkische Anleihe, die von der Gruppe der Ottomanbank kontrahirt werde, 4 Millionen Pfund betragen und 2 1/2, höchstens dreiprozentig sein. Die Garantie der Mächte erfolge nicht nach dem Muster der garantirten ägyptischen Schuld und es trete nicht eine solidarische Haftung ein, sondern jede Macht habe nur die Garantie für ein Sechstel der Anleihe übernommen. Die letztere solle unter der Kontrolle der türkischen Schuldenschnur stehen.

Agram, 26. Januar. (B. H.) Ein heftiges Erdbeben erschütterte in der letzten Nacht die Bewohner der hiesigen Stadt. Der Erdstoß kam aus Nordost. Nach etwa einer Viertelstunde wurde eine wellenförmige Erdbewegung verspürt.

Rom, 26. Januar. (B. H.) Der sozialistische Abgeordnete Merlino sollte in Florenz einen Vortrag über den Sozialismus halten. Mehrere tausend Personen warteten vergeblich auf den Redner, der bei seiner Ankunft auf dem Bahnhofe sofort verhaftet und nach Rom zurücktransportirt worden war.

New-York, 26. Januar. (B. H.) Nach Meldungen aus China wurde während einer Theater-Vorstellung in einem Tempel zur Kwong-Tzu durch das Plagen einer Lampe eine entsetzliche Panik hervorgerufen. In dem Gedränge verloren über 80 Personen das Leben; gleichzeitig kamen 36 Schauspieler in den Flammen um.

Kommunales.

Krankenversicherungs-Pflicht der Handlungsgehilfen. Für die Handlungsgehilfen und Lehrlinge hat deren Orts-Krankenkasse beim Berliner Magistrat ebenfalls die Ausdehnung der Krankenversicherungs-Pflicht beantragt...

Lokales.

Die Genossen des 5. Berliner Reichstags-Wahlkreises werden hiermit besonders auf die am Freitag, den 29. Januar, im Schweregarten stattfindende Versammlung, in welcher Genosse Stadthagen über Polizei und Presse referiert, aufmerksam gemacht.

Die kapitalistische Presse ist immer noch dabei, aus der für die sozialdemokratischen Stadtverordneten doch ganz selbstverständlichen Protestresolution, die sich gegen die kommunale Beteiligung an der Centenerfeier ausdrückt, Kapital zu neuen Schandgesetzen gegen die Arbeiterschaft zu schlagen.

Wenn die demokratische gesinnten Mitglieder der Stadtverordneten-Versammlung es nicht für richtig halten, dem zu erwartenden Patriotenpektakel durch rednerische Stellungnahme eine breitere Basis zu geben, so hatten sie doch nicht den mindesten Anlaß, der freien Meinungsäußerung der Sozialdemokraten entgegenzutreten...

Allerhand Geschichten über das Verhältnis der städtischen Körperschaften zur Pferdebahn-Gesellschaft plauderte Stadivordneter Dünse vorgestern Abend in einer Versammlung des Bezirksvereins des Köpenicker Stadtviertels aus.

sammlung mächtige Freunde habe, die unter Missachtung der Bürgerschaft für ihren eigenen Sidel sorgen. Als wir im Leitartikel vom 24. November 1895 zahlreiche Beweise für die innige Verwandtschaft zwischen einer Reihe von Stadtvierteln und diversen, an der Kommune mehr oder minder interessierten Aktiengesellschaften beibrachten...

Auflösung von Gemeindefschulen. Die zunehmende Umwandlung der Wohnhäuser zu Geschäftsräumen im Zentrum der Stadt und die damit zusammenhängende Abnahme der Bevölkerung dieser Stadtteile ist auch auf die hier belegenden wenigen Gemeindefschulen nicht ohne Einfluß geblieben...

Eine Reform in der gesamten Zeitungspedition Berlins wird einem hiesigen Blatte zufolge gegenwärtig von einem Konsortium, welches den Zeitungsvertrieb monopolisieren will, geplant. Das Unternehmen soll als Aktiengesellschaft gegründet werden.

Schneeabfuhr nach der Spree. Die in den Straßen Berlins liegenden Schneemassen werden zum ersten Male versuchsweise in die Spree und die Kanäle geworfen. Am Schönebergerufer in der Nähe der Möderstraße, am Kronprinzenufer und an vielen anderen Stellen fahren die Kärcher ihre hochbeladenen Wagen dicht ans Ufer und entleeren sie direkt durch Ausküllten in die Wasserläufe.

Roburner Geschäftspatriotismus. Bereits vor einiger Zeit ist hier ein Verlagsbuchhändler Ernst Finkling verhaftet worden, der durch sein „Patriotisches Institut“ benanntes Kopiergeschäft Bücher von mordspatriotischem und religiösem Inhalt mit dem Hinweis vertreiben ließ, daß ein Teil des Reinertrages für Arme und Nothleidende bestimmt sei.

In der Angelegenheit der Versicherungsgesellschaft Konordia erhalten wir folgende Zuschrift: Wir unterzeichneten Vertreter der Gesellschaft fühlen die Pflicht in uns, den Mitgliedern in einer demnächst stattfindenden Versammlung Aufschluß über die Lage der Kaffe zu geben und namentlich darzulegen, daß wir mit der schwebenden strafrechtlichen Untersuchung gegen Direktor Böhlert und Genossen nicht das mindeste zu thun haben.

Die „Berliner Typographische Gesellschaft“, welche mit Beginn dieses Jahres ihre Versammlungen zu wechselnden Vortrags- und Diskussions-Abenden ausgestellt hat, hält ihren ersten Vortragsabend am Donnerstag, den 28. Januar, abends punkt 9 Uhr im Saale C des Architektenhauses, Wilhelmstr. 92-98, ab.

Zu den zahlreichen mehr oder weniger beachtenswerten Kunstinitiativen Berlins ist kürzlich ein neues gekommen, das auf den Namen „Berliner Poffentheater“ getauft worden ist. Unter Chantans von verdächtiger Qualität verborgen, blüht das Theater an der Ecke der Münzstraße und des Königsgrabens gänzlich unberührt von der etwas anrüchlichen Umgebung.

Das Niesenferrohr im Dreptener Park, welches nach einem Beschlusse des Magistrats bekanntlich in der Anlage erhalten werden soll, wird, wie wir vernehmen, dem Publikum höchstens noch in Ausnahmefällen gegen Entree zugänglich sein.

auch fraglich, von welchem Zeitpunkt an dieses größte deutsche Fernrohr wieder in den Dienst der Wissenschaft gestellt werden kann. Lebensfalls würde es aber der gegenwärtig in Ausführung befindlichen Anlage für elektrische Stromversorgung der Obersee angeschlossen werden.

Die diesjährige Große Berliner Kunst-Ausstellung wird am 1. Mai eröffnet werden und bis zum 26. September dauern. Zugelassen werden Werke lebender Künstler aller Länder. Das Kunstgewerbe soll insoweit herangezogen werden, als die Arbeiten in Erfindung und Ausführung das Gepräge eines Kunstwerkes zeigen.

Musikalische Bräsewirtherei oder Zuckerbrot und Peitsche. Der Musikreferent der „Börsen-Ztg.“ schreibt: Hospitant Georg Diebling hatte am Freitag, den 22. d. Mts., in der Singakademie einen Klavier-Abend veranstaltet, der in der Sonnabend-Morgennummer der „Börsen-Zeitung“ in sehr anerkennender Weise besprochen worden war.

Dem weiblichen Geschlechte ist, wie die „Nordd. Mfg. Ztg.“ schreibt, durch Ministerialverordnung nunmehr das Studium an der landwirthschaftlichen Hochschule zugänglich gemacht worden. Der Behälter der Hochschule hatte in der Sitzung vom 21. November v. J. den Rektor der Hochschule beantragt, im Sinne der Verfügung beim Minister vorstellig zu werden.

Der reisende Hypnotiseur. In den kleinen Bierlokalen und Restaurationen, in denen ja so viel mögliches und unmögliches feilgeboten wird, ist jetzt auch sogar der Hypnotiseur eingezogen. Ein in früheren Jahren durch seine Vorträge in Berlin bekannter Hypnotiseur, dem die Randschaft anscheinend ausgeblieben ist, hat neuerdings seine „Kunst“ zu einem Wandergewerbe herausgebildet.

Durch einen Schuss in die Brust hat sich Montag Mittag die 25 Jahre alte Schauspielerin Fräulein Martha Payke zu tödten versucht. Die Dame wohnte seit drei Jahren im ersten Stock des Hauses Frobenstr. 37. Neben ihr wohnte seit einem Jahre der Wittweiner a. D. Pfeiffer. Er wurde seit Freitag nicht mehr gesehen.

Aus den Nachbarorten. In Rummelsburg findet am Freitag, den 29. Januar, abends 8 Uhr, eine Volksversammlung für alle Arbeiter und Arbeiterinnen statt. Näheres wird durch Inserat bekannt gegeben. Der Einberufer.

Ein gemeingefährlicher Hotelgast, welcher anscheinend aus Berlin kommt, macht gegenwärtig die Gastwirthschaften, Ausspannungen, Hotels u. s. w. der Vororte unsicher. Der Gainer erscheint gewöhnlich abends in der betreffenden Wirthschaft und bittet um ein Nachtlager, um sich dann sofort zur Ruhe zu begeben.

Der Förster Kant aus Grünau ist vorgestern Abend in Jagden 89 der Grünau-Dahmer Forst mit Wildbienen zusammengegerathen. Einer der beiden Wilderer hat den Anruf des Försters mit einem Schuss beantwortet, der zum Glück sein Ziel verfehlte.

Bei einer Zigeunerbande, welche dieser Tage durch den Kreis Osthavelland zog, befanden sich zwei völlig verwahrloste 16jährige Burschen, die nicht zum Stamme der Zigeuner gehörten. Da sie in Groß-Stemide gebettelt und gestohlen hatten, so wurden sie von dem Gendarmen verhaftet.

Kunst und Wissenschaft. Der Spielplan des Schiller-Theaters wurde dahin abgeändert, daß auch Sonnabend der Moser-Brand'sche Schwanz „Mit Vergnügen“ gegeben wird. Heute findet eine Wiederholung von Shakespeares „Ein Wintermärchen“ statt.

Direktor Carl Weich (Stend-Theater) stellt uns mit, daß er zwei Tage in der Woche, und zwar Montag und Sonntag, sogenannte Volks-Vorstellungen zu bedeutend ermäßigten Preisen veranstalten will. Das ganze Parquet wird an diesen Tagen 1 M. 10 Pf. kosten, einschließlich der Garderobe. Auch die anderen Plätze werden dementsprechend billiger sein. — Die Feste „Walzerkönig“, welche i. B. im Zentral-Theater über 200 Aufführungen erlebte, wird demnächst im Stend-Theater gegeben.

Im **Alexander-Theater** wird demnächst eine neue Posse von Eugen Bruns „Eine wilde Ehe“ gegeben werden; im Friedrich-Wilhelm-Theater kommt ein Schauspiel „Geungüthung“ von P. P. Geyren zur Aufführung.

Soziale Rechtspflege.

„Wir wollen es versuchen.“ Mit diesen Worten wurde ein Kellner B. engagiert. Nach einiger Zeit entließ ihn der Restaurateur Gieseler, bei dem er in Stellung stand, worauf B. beim Gewerbe-Gericht gegen H. Klage brachte. Er beantragte wegen unberechtigter Entlassung eine vierzehntägige Lohnentschädigung. Der Beklagte erbot den Einwand, daß B. nur probeweise engagiert worden sei und somit keinen Anspruch auf die gesetzliche Kündigungsgeld habe. Der Gerichtshof verurteilte indessen den Beklagten unter der Begründung, daß die Worte: „Wir wollen es versuchen“, kein Engagement „auf Probe“ darstellten und daß durch sie die gesetzliche Kündigungsfrist nicht ausgeschlossen sei.

Vertragsverletzung. Für Bretterträger und ähnliche Arbeiter ist eine Entscheidung von einschneidender Bedeutung, durch welche das Gewerbegericht einen Rechtsstreit des Bretterträgers Engler gegen die Firma Schäffer erledigte. Engler hatte das Entladen zweier Röhre in Alford übernommen. Nach der ersten Ladung ließ ihn sein Helfer in Stich und er war genötigt, sich am Morgen, an dem das Entladen des zweiten Röhres beginnen sollte, erst nach einem anderen Helfer umzusehen. Als er dann die Arbeit beginnen wollte, hatte Schäffer bereits an andere Leute vergeben. Er beantragte nun den entgangenen Verdienst im Klagewege, indem er betonte, daß er bald nach dem Zeitpunkt, an dem die Entladung ihren Anfang nehmen sollte, auf der Betriebsstätte erschienen sei. Der Gerichtshof wies ihn jedoch unter folgender Begründung ab: Klager habe es übernommen gehabt, für den rechtzeitigen Beginn jeder Entladung, sowie dafür zu sorgen, daß ein Helfer zur Stelle sei. Er habe dies bei der zweiten Ladung nicht vermocht, sei also nicht in der Lage gewesen, den eingegangenen Vertrag völlig zu erfüllen. Unter diesen Umständen hätte aber auch der Beklagte den Vertrag nicht erfüllen brauchen.

Gerichts-Beifung.

Wie manchmal auch im gerichtlichen Verfahren mit Kanonen nach Spanen geschossen wird, zeigte eine Anklage wegen angeblicher Verleumdung eines Unteroffiziers, die gestern zum dritten Male das hiesige Schöffengericht beschäftigte und immer wieder die Frage nahe legte: Wo waltete hier eigentlich ein öffentliches Interesse vor, das das Eingreifen des Staatsanwalts notwendig machte? Der Verleumdung des Unteroffiziers Willig vom 4. Garde-Regiments zu Fuß sollte sich der Proviantamt-Assistent Feuer schuldig gemacht haben. Schauplatz des Vorganges war der Zentral-Gerichtshof, wo der Fleischhackermeister Eisner an die Vertreter der hiesigen Regimenter die Fleischlieferungen verabsolgt. Als Aufsichtsbekannter ist der Angeklagte dort anwesend. Der Unteroffizier Willig, der die Fleischlieferung für sein Regiment in Empfang zu nehmen hatte, hatte schon wiederholt Einwände gegen die Qualität des Fleisches geltend gemacht, die Herr Eisner als irgendwie begründet nicht anerkennen konnte. Als der Unteroffizier eines Tages wieder das Fleisch für „zu fett“ erklärte, holte Herr Eisner den Vertreter der Intendantur des Gardekorps, Wirklichen Geheimen Kriegsrath Krufer herbei und dieser erklärte das Fleisch für gar nicht zu beanstanden und gab dem Unteroffizier Willig auf, es ohne Skrupel anzunehmen. Letzterer hat nun, als er seinem Kompagniechef von dem Vorgange Mitteilung machte, gleichzeitig die Behauptung aufgestellt, daß der Proviantamt-Assistent Feuer, der dem Wortwechsel beigewohnt, ihn verhöhnt und gesagt habe: „Sie scheinen der schlauen Unteroffizier der Armee zu sein!“ Der Hauptmann erblühte in dieser Meinerung, die Herr Feuer auf entschiedenem bestritt, eine Verleumdung des Unteroffiziers und es wurde nun der ganze Apparat eines Vorverfahrens und schließlich eines ordentlichen gerichtlichen Verfahrens in Thätigkeit gesetzt. Viele Aktenbogen sind wegen dieser „causa celeberrima“ beschriebenen, mehrere Termine sind schon vergeblich abgehalten und eine Reihe von Zeugen in dem gestrigen Schlusstermine vernommen worden. Unter ihnen befanden sich Meiner Eisner, seine Gesellen, Geheimrat Krufer und der Lieutenant von Kiewer, der die Fleischlieferung zu überwachen hatte. Sie alle bestritten, daß der Angeklagte die beleidigende Meinerung gethan haben könne, da sie sie sonst gehört haben müßten. Ein einziger Zeuge trat dem Unteroffizier Willig durch ein unbestimmtes Zeugnis zur Seite und Rechtsanwalt Dr. Schmidt suchte infolge dessen den Vorgang dahin zu erklären, daß der Unteroffizier vielleicht das von irgend einer Seite gefallene Wort „schlau“ gehört und sich dann der Satz von dem „schlauesten Unteroffizier“ in seinem Gehirn festgesetzt haben mag. Der Staatsanwalt beantragte auf Grund des Zeugnisses des Unteroffiziers 20 M. Geldstrafe, der Gerichtshof hielt aber den Beweis keineswegs für erbracht, sondern erkannte auf Freisprechung.

Unter der Anklage der versuchten Erpressung stand gestern der Versicherungsinspektor Alfons Melzer vor dem dritten Strafkammer des Landgerichts I. Der Angeklagte war seit dem Jahre 1891 Bureauchef der neu gegründeten Versicherungsgesellschaft „Wilhelma“. Er geriet im vorigen Jahre mit dem Direktorium der Gesellschaft in Differenzen, die seinen Austritt zur Folge hatten. Bald darauf erhob er Ansprüche auf einen Betrag von 7200 M. Demselben Brief, in welchem er diese Ansprüche begründete, fügte er ein zweites Schreiben bei, in welchem er verschiedene Anträge stellte. Der Aufsichtsrath möge eine Generalversammlung einberufen, in welcher die Frage erörtert werden solle, ob nicht die stattgehabte Revisionskommission in sachungs- und ordnungswidriger Weise ihres Amtes gewaltet habe. Außerdem stellte der Angeklagte noch mehrere Anträge, welche darauf hinausliefen, daß bei der Verwaltung nicht ordnungsmäßig verfahren sei. In dem Umstande, daß diese Anträge gleichzeitig mit dem Schreiben einliefen, in welchem der Angeklagte angebliche Geldansprüche geltend machte, erblickte der Aufsichtsrath in diesem Brief, einen Druck auf ihn auszuüben und erstattete in diesem Sinne die Anzeige. Der Beschuldigte erklärte, daß ihm diese Absicht fern gelegen habe, er halte seine Ansprüche für berechtigt und die von ihm gestellten Anträge seien lediglich im Interesse der Gesellschafts-Mitglieder gestellt.

Da dem Angeklagten durch die Zeugenvernehmung der Gegenbeweis nicht zu erbringen war, so fällt der Gerichtshof ein freisprechendes Urteil.

Die Unvorsichtigkeit eines Radfahrers wurde gestern durch Urteil der 131. Abteilung des Schöffengerichts empfindlich geahndet. Am Nachmittage des 19. Dezember v. J. fuhr eine Anzahl junger Leute in rasender Eile durch die Rathenowerstraße. Einer von ihnen, der 21 jährige Danlungsbefehlsh. P. M. a. n. w. etwas zurückgeblieben und spornete nun alle Kräfte an, um die vor ihm Fahrenden einzuholen. Mit weit vorgebeugtem Oberkörper sauste er auf dem Asphalt entlang. Ein älterer Mann kam hinter einem Omnibus hervor, um den seitentigen Bürgersteig zu gewinnen und wurde von dem Radfahrer so heftig gestreift, daß er zu Boden schlug. Er erlitt eine blutende Kopfwunde, hat aber dauernde nachtheilige Folgen von dem Unfall nicht gehabt. Mann erhielt eine Anklage wegen fahrlässiger Körperverletzung. Der Staatsanwalt beantragte eine Geldstrafe von 50 Mark, der Gerichtshof ging aber über den Antrag hinaus und erkannte auf 100 Mark. Es sei besonders erschwerend, wenn Straßen und öffentliche Wege von Radfahrern durch Wettkämpfe unsicher gemacht würden.

Von erkaufter Niedrigkeit der Gesinnung zeugte ein dreifacher Betrugsversuch, den der Kaufmann Friedrich Scholz gestern vor dem hiesigen Schöffengericht zu verantworten hatte. Am 25. November vorigen Jahres war der Restaurateur Klemm in der Hasenhaide gestorben. Am Tage nach dem Tode erschien im Zaubersaal in der Jahnstraße ein junger Mann und verlangte Zahlung für einen über 44 M. lautenden Wechsel, der seltsamerweise nicht unterschrieben war. Die in tiefer Trauer sitzende Wittwe lehnte eine Zahlung ab, da sie genau wußte, daß ihr verstorbener Ehemann derartige Wechselverbindlichkeiten niemals eingegangen war. Der junge Mann entfernte sich, begab sich aber sofort nach Klemm's Volksgarten in der Hasenhaide, wo er nur eine Schwieger-tochter des Verstorbenen antraf. Auch hier präsentirte er den Wechsel und suchte die junge Frau Klemm noch durch die Bemerkung zur Zahlung zu bewegen, daß er aus der Wohnung in der Jahnstraße käme und von der Schwiegermutter, die gerade kein Geld zur Hand gehabt habe, angefordert worden sei, den Wechsel durch die junge Frau einlösen zu lassen. Er hatte aber auch hier kein Glück, denn auch hier wurde ihm der Bescheid, daß der Verstorbene eine solche Wechselschuld unter keinen Umständen haben könne und die Zahlung wurde verweigert. Nun zog der junge Mann andere Saiten auf. Er erklärte, daß unter diesen Umständen leider eine Pfändung sich nicht werde umgehen lassen, ging dann ans Telephon und fingirte ein ganzes Gespräch, aus welchem Frau Klemm entnehmen sollte, daß er, der die Rolle eines Angestellten einer Brauerei spielte, anscheinend mit einem Gerichtsvollzieher sprach und über die Nothwendigkeit einer vorzunehmenden Pfändung sich unterhielt. Als er sah, daß auch dieses Kunststück nicht verfiel, zog er es vor, sich in beschleunigtem Tempo zu entfernen. Es gelang dem Schwindler in der Person des Angeklagten noch auf dem Hermannplatz festzunehmen und auf die Kollisionsstraße zu befördern. Gestern hatte der stellungslose Angeklagte vor dem Schöffengericht die Dreistigkeit zu behaupten, daß es sich nur um einen schlechten Scherz gehandelt habe. Der Gerichtshof erkannte auf drei Monate Gefängnis.

Jener Auffehen erregende Vorfall auf dem Kremmener See vom vorigen Sommer, wo die Fahrgäste eines Vergnügungsdampfers dadurch, daß der Heizer des Fahrzeuges seine Thätigkeit im betrunkenen Zustande einstellte, in große Gefahr gebracht wurden, ist dieser Tage vor dem Schöffengericht in Kremmen zur Verhandlung gekommen. Der schuldige Heizer wurde zu 6 Wochen Gefängnis verurtheilt.

Neuer Gefängnisdirektor. Ein Amtsrichter Klein aus Hermsdorf bei Hirschberg wird am 1. Februar das Direktorat übernehmen über 1. das Stadtvoigt-Gefängnis am Molkenmarkt, wo sich die wegen Bettelei, Unzucht und Arbeitsscheu Inhaftirten in Unter-suchung befinden, 2. das Hülfsgefängnis in der Perlebergerstraße, wo die Haftstrafen verbüßt werden, und 3. das Frauengefängnis in der Barnimstraße für weibliche Haft- und Strafgefangene, die bis zu einem Jahre verurtheilt sind.

Der Mordprozess in Danzig mit der Freisprechung der angeklagten Wärrerin Reumann gendert. Aus den Verhandlungen wird gemeldet, daß drei medizinische Sachverständige begutachtet haben, daß ein Selbstmord ausgeschlossen, und daß die Angeklagte von fremder Hand verwundet worden sei; die zwei anderen medizinischen Sachverständigen schlossen sich dem ersten Gutachten an, behaupteten aber, daß die Angeklagte sich die Verwundung selbst beigebracht habe. Der erste Staatsanwalt beantragte, die Justizrätin Beer wegen des Verdachtes der Begünstigung nicht zu verurtheilen; die Verteidiger widersprachen; der Gerichtshof beschloß die Verurteilung. In späterer Nacht wurde ein freisprechendes Urteil verkündet worden, durch welches nichts festgestellt ist, als daß das Mithel der geheimnißvollen Bluthat an dem Sohne der Justizrätin Beer ungeführt bleiben muß.

Für Milchhändler und auch für andere Geschäftsleute ist eine Entscheidung des Kammergerichts von erheblicher Bedeutung, die am 25. Januar gefaßt wurde. Der Rollereibitzer Wellstedt ist feinerzeit vom Schöffengericht zu Geldstrafen verurtheilt worden, weil sich in seinem Geschäftsbetriebe zwei ungenügende Flaschen befanden. Die Flaschen, die konfiszirt wurden, enthielten wohl den fogenannten Hüllstrich, aber nicht den Stempel der Reichsbehörde; der Strich war in der Flaschenfabrik bereits angebracht worden. Das Gericht bezog sich auf den § 369 Nr. 2 des Strafgesetzbuches, worin es heißt: Gewerbetreibende, bei denen zum Gebrauche in ihrem Gewerbe geeignete, mit dem gesetzlichen Abkühlstempel nicht versehene oder unrichtige Maße und Gewichte oder Waagen vorgefunden werden, werden mit Geldstrafe bis zu 100 M. oder mit Haft bis zu vier Wochen bestraft. Wellstedt legte Berufung ein und führte aus, daß die Flaschen nicht dazu bestimmt gewesen seien, Milch abzumessen, sondern nur zum Transport der Milch. Der als Sachverständiger vernommene Richter konstatierte, daß es eigentlich nicht in Berlin-Prag sei, Milchflaschen zu aichen; bisher sei ihre Aichung noch nicht erfolgt. Das Landgericht sprach dann auch den Angeklagten frei. Die Staatsanwaltschaft legte nunmehr Revision ein und verlangte die Bestrafung des Angeklagten. Der Strafsenat des Kammergerichts wies aber die Revision zurück. Das Gericht nahm an, daß zwar auch solche Flaschen, wie die in Frage stehenden, als Meßwerkzeuge benutzt werden könnten, daß ihre Aichung jedoch nur erforderlich sei, wenn sie zum Messen bestimmt wären. Das sei hier aber nicht der Fall gewesen, wenigstens solche Waren für der Nachweis.

Gewerkschaftliches.

Zugung von Arbeitern nach Hamburg ist während der Dauer der dortigen Lohnbewegung aufs strengste fernzuhalten! Gelder sind zu senden an das Berliner Gewerkschaftsbureau (R. Millarg, Berlin S., Annenstr. 16.)

Achtung, Zimmerer! Bei dem Zimmermeister Fichel in Berlin (Platz: Danzigerstraße) haben die Zimmerer die Arbeit niedergelegt, weil nur 52 Pf. Stundenlohn gezahlt wurde. Der Platz ist vorläufig streng zu meiden. Die Lokalcommission. J. A. Theodor Fischer.

Den Delegirten zum öffentlichen Banarbeiter-Kongresse, der vom 15. bis 17. Februar in Berlin abgehalten wird, geben wir hierdurch folgendes bekannt: Da Berlin von den Bahnhöfen aus nach allen Richtungen der Stadt bequeme Fahrverbindungen besitzt, so haben wir beschloffen, falls einzelne Delegirte nicht ein anderes für sich wünschen, niemand von der Bahn abzuholen, denn es wäre für das Abholen eine zu große Zahl Kollegen erforderlich. Sämmtliche Delegirte haben sich nach der Restauration von Theodor Meiner, Berlin SO., Oranienstr. 164, Hof geradezu, zu begeben, wo ihnen Logis nachgewiesen werden wird. Wir er-suchen alle Eintreffenden, dieses zu beachten. Das Komitee. Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

In der Kreis-Krankenkasse für den Gewerbebetrieb der Kaufleute, Handelsleute und Apotheker Berlins stieg am Montag bei den Delegirtenwahlen abernals die sozialdemokratische Liste, und zwar fielen auf die Liste unserer Genossen rechts der Spree 367 Stimmen und links der Spree 698 Stimmen, während die Gegner trotz aller Machinationen nur 294 bzw. 444 Stimmen aufbrachten.

In Brandenburg ist die Zahl der der dortigen Filiale des Deutschen Metallarbeiter-Verbands angehörenden Arbeiter und Arbeiterinnen im verflossenen Jahre von 297 männlichen und 29 weiblichen Mitgliedern auf 686 beziehentlich 97 gestiegen.

Der Verband der Sattler, Tapetzer und verwandten Berufsangehörigen Deutschlands hält von Montag, den 19. April ab in Erfurt seine dritte ordentliche Generalversammlung ab. Die Tagesordnung lautet: 1. Bericht des Vorstandes und Ausschusses; 2. Bericht über die Lohnbewegungen der letzten Jahre; 3. Wollen wir eine Verschmelzung mit anderen Organisationen anstreben? 4. Arbeitslosenversicherung; 5. Der Streikunterstützungsfonds; 6. Die Lage der Kollegen bei den Kleinheimstern; 7. Agitation;

8. Statutenänderungen; 9. Bestimmung des Sitzes des Vorstandes und Ausschusses; 10. Wahl des Vorstehenden und Kassirers; 11. Anträge und Verschiedenes.

Aus Begefac wird uns vom Streikomitee mitgetheilt, daß der Ausstand der Zimmerer und Maurer in Begefac, Burgdam, Blumenthal und Umgebung laut Beschlusses beschluß vom 19. Januar unverändert fortbauert. Der Zugang sei deshalb noch aufs strengste fernzuhalten. Alle Arbeiterblätter werden gebeten, von dieser Meldung Notiz zu nehmen.

Aus Weikensfeld. Die Unterstützung der streikenden Schuhmacher wird für diese Woche um 1 M. erhöht. Um ein vollständig einheitliches Vorgehen zu ermöglichen und der Wiederholung von Quertreibungen seitens einiger Mitglieder des Hirsch-Dunker'schen Gewerkevereins vorzubeugen, ist in einer Versammlung dieses Vereins beschloffen worden, daß die Gewerkevereins-Streikkommission und die öffentlich gewählte General-Streikkommission ihre Mitgliederzahl verringern und zusammen eine Zentral-Streikkommission bilden sollen. Das wird geschehen, vorausgesetzt, daß die öffentliche Schuhmacherverammlung zustimmt. Die Zentral-Streikkommission soll einen Vorkursus anarbeiten und diesen einer öffentlichen Schuhmacherverammlung zur Beschlußfassung vorlegen. Ueber die sonstige Situation wird uns mitgetheilt: Einige Fabriken sind bis auf weiteres geschlossen worden. Mehrere Fabrikanten wollen Zwischmaschinen einführen. Das ist aber leichter gesagt als gethan. Zugung ist aufs strengste fernzuhalten!

Ueber den Weiberstreik in Tannhausen wird uns noch geschrieben, und zwar im Anschluß an den gestrigen Bericht über die Versammlung in Blumenau:

Die Firma Meyer Kaufmann in Tannhausen giebt den Durchschnittslohn ihrer Arbeiter auf 9,25 M. pro Woche an. Dieser Durchschnittslohn wird aber berechnet auf Grund der Lohnlisten, welche die Firma alljährlich wegen der Unfallversicherung bei der schlesischen Textil-Berufsgenossenschaft einzureichen hat. Hier sind aber auch die Gehälter der Beamten einbezogen, die unter 2000 M. verdienen, und da ist es denn leicht, einen Durchschnittslohn von 9,25 M. heranzurechnen; übrigens ist dieser Lohn wirklich erdärmlich genug; leider reichen die Weiber mit ihrem wöchentlichen Durchschnittslohn auch nicht annähernd an diesen niedrigen Lohnsatz heran. Der Durchschnittslohn dürfte in Wirklichkeit kaum 6 M. pro Woche betragen.

In der Versammlung erklärte der Hauptlehrer Jämer, ein Freund der Firma, daß der Herr Kaufmann ihm selbst sagte, das Prämiensystem, wegen des Arbeiter hauptsächlich in den Streit getreten, habe Hürten und Ungerechtigkeiten im Gefolge. Trotzdem rief er aber, die Arbeit wieder aufzunehmen, da die Firma der Konkurrenz wegen keine höheren Löhne zahlen könne. Wenn das zutrifft, so gilt auch hier das Wort Lassalle's, daß eine Industrie, die nur durch Ausnutzung ihrer Arbeiter bis auf den letzten Point bestehen kann, nicht werth ist, zu existieren. Die Streikenden folgten nicht den Worten des Lehrers, sondern beschloffen, wie schon gestern mitgetheilt, einhellig weiter zu streiken, bis die Firma zu Zugeständnissen geneigt ist.

Dieser Kampf, geführt von den armen schlesischen Guleenbergirgwebern, verdient die vollste Sympathie nicht bloß aller Klassenbewußten Arbeiter, sondern aller rechtlich Denkenden überhaupt.

Der Kampf tobt, beiläufig bemerkt, auf einem Terrain, das für die Sozialdemokratie Deutschlands von historischer Bedeutung ist. Die Firma Meyer Kaufmann ist die Nachfolgerin der Firma Reichenheim; sie hat deren sämtliche Fabriken übernommen. Von den Weibern der Reichenheim'schen Fabriken ging zu Anfang der sechziger Jahre die Bewegung aus, die als Frucht die Entsendung einer Weiberdeputation an den damaligen König von Preußen zeitigte, welcher dann den Weibern zu helfen vermachte. Gefänglich wurden dann auch 6000 Thlr. aus der königl. Schatzkammer gegeben zur Errichtung einer Weiber-Assoziation zum Zwecke eigener Produktion. Diese Assoziation mit dem Tropfen Betriebskapital wurde natürlich von den Fabrikanten spielend erdrückt, die Lage der Weiber blieb die alte; dieselben Weiber, die, getrieben durch ihre Noth, sich abermals an den König wandten, haben mit ihren Kindern und Enkeln bis heute, also ein reichliches Menschenalter, ruhig weiter gehungert und rafften sich erst jetzt zu einem neuen Veruche auf, ihr Dasein um ein Wenigges besser zu gestalten. Gelder sind an Herrn Klingberg, Nieder-Wülstigerdorf i. Schl. oder an die Expedition des „Proletariats für das Guleenbergirge“ in Ober-Langensielau i. Schl. zu senden.

In Halle a. S. ist der Streik in der Krebs'schen Maschinenfabrik von einer Metallarbeiter-Versammlung für beendet erklärt worden, weil die betheiligten Arbeiter sämtlich anderswo Unterkommen gefunden haben.

In Kassel beschloß eine Metallarbeiter-Versammlung auf Vorschlag des Genossen Segig aus Nürnberg, daß aus Rücksicht auf die Unterstützung, die der Hamburger Streik erfährt, von einer Arbeitseinstellung in der Kesselschmiede der Firma Henschel u. Sohn, wo zwei Arbeiter wegen ihrer Thätigkeit für die Gewerkschaft entlassen worden sind, abgesehen werden möge. Zu dankenswerther Hilfe erklärten hierauf die Entlassenen, daß sie auf die Wiedereinstellung verzichteten. Demgemäß wurde der Vorschlag unseres Genossen Segig angenommen.

Streiks in Frankreich 1896. Einer vorläufigen summarischen Statistik des Arbeitssamtes ist zu entnehmen, daß im Vorjahre 465 Streiks vorkamen, an denen 52 500 Arbeiter theilhaftig waren. Die entsprechenden Zahlen für die letzten drei Jahre sind: 1893 684 Streiks mit 170 123 Streikenden; 1894 391 und 54 676; 1895 405 und 45 801. Abgesehen vom Jahre 1893, in welches der große nordfranzösische Bergarbeiter-Ausstand fällt, weist demnach die Streikbewegung im abgelaufenen Jahre eine Steigerung auf. Daß diese so gering ist, erklärt sich aus der Thatsache, daß Frankreich verhältnismäßig vom allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwung nur in sehr bescheidenem Maße profitirt hat. Die französische Gesamteinfuhr ist nämlich 1896 gegenüber den Vorjahren bloß um rund 17 Millionen und die Gesamtausfuhr bloß um rund 81 Millionen gestiegen. — Auf die 465 Streiks des abgelaufenen Jahres kommen 102 Einigungsversuche, die, wie immer, meist von den Arbeitern herrühren. 1893 zählte man 109, 1894 101, 1895 85 Einigungsversuche. Der Einfluß des Schiedsgerichts-Gesetzes von 1892 bleibt demnach so gut wie stationär, was auf die statistisch nachgewiesene prospektive Haltung der Unternehmer zurückzuführen ist.

Bei der Berliner Gewerkschaftskommission gingen für die streikenden Hamburger Hafenarbeiter folgende Beiträge ein:

- Steinbühner der Firma Schlicher der lebendig gemauerten Beetrabden im Aquarium, 8. Rate 5.—
- Schneidewerkstatt Cohn, Charlottenstraße 10.—
- Rehratz vom Konzert zum Behren der Hafenarbeiter vom Verein Rote Waite 10.—
- Oranienburger Vorstadt, Frau und Auguste (Witwe) u. W. H. H. H. (Widwe) 10.—
- Alte Schneidewerkstatt 5.—
- Von den Rationen Bau 5.—
- 2. Rate 3.50.
- 3. Rate 3.50.
- Stenbühner der Firma Kämpfer u. Koch 4.01.
- Arbeiter der Firma Schmidt u. Co. 13.—
- Schüler von Odenbach, Brincker 12.—
- Aufnahme des Prinzipalvertrags 5.—
- Schraubenfabrik Reichelt, Schindler 7.50.
- Bergelder von Mühl 5.50.
- Stadler, Schindler 7. Rate 4.50.
- Huber, Engel, Seidelstr. 18, Schuhmacher 6.—
- Metallwaarenfabrik, Alt-Jahoda 91 8.50.
- Goldblechfabrik Pfeiffer, Tredebrücker 28 (Parauer 1. Rationier) 8.—
- Firma Bergmann, Neue Jaldobstraße 7.50.
- Belagerein Jell 10.—
- Wider alle 7. Rate 10.—
- Arbeiter, Louisen-Ufer 1.06.
- Gelände der Wollweber mit Wollweber, Brauerei-Mittelstr. 4.50.
- Arbeiter von Pöhl, Unterstr. 7.50.
- Formen u. Schreiner-Mittelstr. 4.50.
- Arbeiter u. No. 4. Rate 18.30.
- Wollweber 2. Rate 1.50.
- Arbeiter der Firma Schmidt u. Co. 13.—
- Schüler von Odenbach, Brincker 12.—
- Aufnahme des Prinzipalvertrags 5.—
- Schraubenfabrik Reichelt, Schindler 7.50.
- Bergelder von Mühl 5.50.
- Stadler, Schindler 7. Rate 4.50.
- Huber, Engel, Seidelstr. 18, Schuhmacher 6.—
- Metallwaarenfabrik, Alt-Jahoda 91 8.50.
- Goldblechfabrik Pfeiffer, Tredebrücker 28 (Parauer 1. Rationier) 8.—
- Firma Bergmann, Neue Jaldobstraße 7.50.
- Belagerein Jell 10.—
- Wider alle 7. Rate 10.—
- Arbeiter, Louisen-Ufer 1.06.
- Gelände der Wollweber mit Wollweber, Brauerei-Mittelstr. 4.50.
- Arbeiter von Pöhl, Unterstr. 7.50.
- Formen u. Schreiner-Mittelstr. 4.50.
- Arbeiter u. No. 4. Rate 18.30.
- Wollweber 2. Rate 1.50.
- Arbeiter der Firma Schmidt u. Co. 13.—
- Schüler von Odenbach, Brincker 12.—
- Aufnahme des Prinzipalvertrags 5.—
- Schraubenfabrik Reichelt, Schindler 7.50.
- Bergelder von Mühl 5.50.
- Stadler, Schindler 7. Rate 4.50.
- Huber, Engel, Seidelstr. 18, Schuhmacher 6.—
- Metallwaarenfabrik, Alt-Jahoda 91 8.50.
- Goldblechfabrik Pfeiffer, Tredebrücker 28 (Parauer 1. Rationier) 8.—
- Firma Bergmann, Neue Jaldobstraße 7.50.
- Belagerein Jell 10.—
- Wider alle 7. Rate 10.—
- Arbeiter, Louisen-Ufer 1.06.
- Gelände der Wollweber mit Wollweber, Brauerei-Mittelstr. 4.50.
- Arbeiter von Pöhl, Unterstr. 7.50.
- Formen u. Schreiner-Mittelstr. 4.50.
- Arbeiter u. No. 4. Rate 18.30.
- Wollweber 2. Rate 1.50.
- Arbeiter der Firma Schmidt u. Co. 13.—
- Schüler von Odenbach, Brincker 12.—
- Aufnahme des Prinzipalvertrags 5.—
- Schraubenfabrik Reichelt, Schindler 7.50.
- Bergelder von Mühl 5.50.
- Stadler, Schindler 7. Rate 4.50.
- Huber, Engel, Seidelstr. 18, Schuhmacher 6.—
- Metallwaarenfabrik, Alt-Jahoda 91 8.50.
- Goldblechfabrik Pfeiffer, Tredebrücker 28 (Parauer 1. Rationier) 8.—
- Firma Bergmann, Neue Jaldobstraße 7.50.
- Belagerein Jell 10.—
- Wider alle 7. Rate 10.—
- Arbeiter, Louisen-Ufer 1.06.
- Gelände der Wollweber mit Wollweber, Brauerei-Mittelstr. 4.50.
- Arbeiter von Pöhl, Unterstr. 7.50.
- Formen u. Schreiner-Mittelstr. 4.50.
- Arbeiter u. No. 4. Rate 18.30.
- Wollweber 2. Rate 1.50.
- Arbeiter der Firma Schmidt u. Co. 13.—
- Schüler von Odenbach, Brincker 12.—
- Aufnahme des Prinzipalvertrags 5.—
- Schraubenfabrik Reichelt, Schindler 7.50.
- Bergelder von Mühl 5.50.
- Stadler, Schindler 7. Rate 4.50.
- Huber, Engel, Seidelstr. 18, Schuhmacher 6.—
- Metallwaarenfabrik, Alt-Jahoda 91 8.50.
- Goldblechfabrik Pfeiffer, Tredebrücker 28 (Parauer 1. Rationier) 8.—
- Firma Bergmann, Neue Jaldobstraße 7.50.
- Belagerein Jell 10.—
- Wider alle 7. Rate 10.—
- Arbeiter, Louisen-Ufer 1.06.
- Gelände der Wollweber mit Wollweber, Brauerei-Mittelstr. 4.50.
- Arbeiter von Pöhl, Unterstr. 7.50.
- Formen u. Schreiner-Mittelstr. 4.50.
- Arbeiter u. No. 4. Rate 18.30.
- Wollweber 2. Rate 1.50.
- Arbeiter der Firma Schmidt u. Co. 13.—
- Schüler von Odenbach, Brincker 12.—
- Aufnahme des Prinzipalvertrags 5.—
- Schraubenfabrik Reichelt, Schindler 7.50.
- Bergelder von Mühl 5.50.
- Stadler, Schindler 7. Rate 4.50.
- Huber, Engel, Seidelstr. 18, Schuhmacher 6.—
- Metallwaarenfabrik, Alt-Jahoda 91 8.50.
- Goldblechfabrik Pfeiffer, Tredebrücker 28 (Parauer 1. Rationier) 8.—
- Firma Bergmann, Neue Jaldobstraße 7.50.
- Belagerein Jell 10.—
- Wider alle 7. Rate 10.—
- Arbeiter, Louisen-Ufer 1.06.
- Gelände der Wollweber mit Wollweber, Brauerei-Mittelstr. 4.50.
- Arbeiter von Pöhl, Unterstr. 7.50.
- Formen u. Schreiner-Mittelstr. 4.50.
- Arbeiter u. No. 4. Rate 18.30.
- Wollweber 2. Rate 1.50.
- Arbeiter der Firma Schmidt u. Co. 13.—
- Schüler von Odenbach, Brincker 12.—
- Aufnahme des Prinzipalvertrags 5.—
- Schraubenfabrik Reichelt, Schindler 7.50.
- Bergelder von Mühl 5.50.
- Stadler, Schindler 7. Rate 4.50.
- Huber, Engel, Seidelstr. 18, Schuhmacher 6.—
- Metallwaarenfabrik, Alt-Jahoda 91 8.50.
- Goldblechfabrik Pfeiffer, Tredebrücker 28 (Parauer 1. Rationier) 8.—
- Firma Bergmann, Neue Jaldobstraße 7.50.
- Belagerein Jell 10.—
- Wider alle 7. Rate 10.—
- Arbeiter, Louisen-Ufer 1.06.
- Gelände der Wollweber mit Wollweber, Brauerei-Mittelstr. 4.50.
- Arbeiter von Pöhl, Unterstr. 7.50.
- Formen u. Schreiner-Mittelstr. 4.50.
- Arbeiter u. No. 4. Rate 18.30.
- Wollweber 2. Rate 1.50.
- Arbeiter der Firma Schmidt u. Co. 13.—
- Schüler von Odenbach, Brincker 12.—
- Aufnahme des Prinzipalvertrags 5.—
- Schraubenfabrik Reichelt, Schindler 7.50.
- Bergelder von Mühl 5.50.
- Stadler, Schindler 7. Rate 4.50.
- Huber, Engel, Seidelstr. 18, Schuhmacher 6.—
- Metallwaarenfabrik, Alt-Jahoda 91 8.50.
- Goldblechfabrik Pfeiffer, Tredebrücker 28 (Parauer 1. Rationier) 8.—
- Firma Bergmann, Neue Jaldobstraße 7.50.
- Belagerein Jell 10.—
- Wider alle 7. Rate 10.—
- Arbeiter, Louisen-Ufer 1.06.
- Gelände der Wollweber mit Wollweber, Brauerei-Mittelstr. 4.50.
- Arbeiter von Pöhl, Unterstr. 7.50.
- Formen u. Schreiner-Mittelstr. 4.50.
- Arbeiter u. No. 4. Rate 18.30.
- Wollweber 2. Rate 1.50.
- Arbeiter der Firma Schmidt u. Co. 13.—
- Schüler von Odenbach, Brincker 12.—
- Aufnahme des Prinzipalvertrags 5.—
- Schraubenfabrik Reichelt, Schindler 7.50.
- Bergelder von Mühl 5.50.
- Stadler, Schindler 7. Rate 4.50.
- Huber, Engel, Seidelstr. 18, Schuhmacher 6.—
- Metallwaarenfabrik, Alt-Jahoda 91 8.50.
- Goldblechfabrik Pfeiffer, Tredebrücker 28 (Parauer 1. Rationier) 8.—
- Firma Bergmann, Neue Jaldobstraße 7.50.
- Belagerein Jell 10.—
- Wider alle 7. Rate 10.—
- Arbeiter, Louisen-Ufer 1.06.
- Gelände der Wollweber mit Wollweber, Brauerei-Mittelstr. 4.50.
- Arbeiter von Pöhl, Unterstr. 7.50.
- Formen u. Schreiner-Mittelstr. 4.50.
- Arbeiter u. No. 4. Rate 18.30.
- Wollweber 2. Rate 1.50.
- Arbeiter der Firma Schmidt u. Co. 13.—
- Schüler von Odenbach, Brincker 12.—
- Aufnahme des Prinzipalvertrags 5.—
- Schraubenfabrik Reichelt, Schindler 7.50.
- Bergelder von Mühl 5.50.
- Stadler, Schindler 7. Rate 4.50.
- Huber, Engel, Seidelstr. 18, Schuhmacher 6.—
- Metallwaarenfabrik, Alt-Jahoda 91 8.50.
- Goldblechfabrik Pfeiffer, Tredebrücker 28 (Parauer 1. Rationier) 8.—
- Firma Bergmann, Neue Jaldobstraße 7.50.
- Belagerein Jell 10.—
- Wider alle 7. Rate 10.—
- Arbeiter, Louisen-Ufer 1.06.
- Gelände der Wollweber mit Wollweber, Brauerei-Mittelstr. 4.50.
- Arbeiter von Pöhl, Unterstr. 7.50.
- Formen u. Schreiner-Mittelstr. 4.50.
- Arbeiter u. No. 4. Rate 18.30.
- Wollweber 2. Rate 1.50.
- Arbeiter der Firma Schmidt u. Co. 13.—
- Schüler von Odenbach, Brincker 12.—
- Aufnahme des Prinzipalvertrags 5.—
- Schraubenfabrik Reichelt, Schindler 7.50.
- Bergelder von Mühl 5.50.
- Stadler, Schindler 7. Rate 4.50.
- Huber, Engel, Seidelstr. 18, Schuhmacher 6.—
- Metallwaarenfabrik, Alt-Jahoda 91 8.50.
- Goldblechfabrik Pfeiffer, Tredebrücker 28 (Parauer 1. Rationier) 8.—
- Firma Bergmann, Neue Jaldobstraße 7.50.
- Belagerein Jell 10.—
- Wider alle 7. Rate 10.—
- Arbeiter, Louisen-Ufer 1.06.
- Gelände der Wollweber mit Wollweber, Brauerei-Mittelstr. 4.50.
- Arbeiter von Pöhl, Unterstr. 7.50.
- Formen u. Schreiner-Mittelstr. 4.50.
- Arbeiter u. No. 4. Rate 18.30.
- Wollweber 2. Rate 1.50.
- Arbeiter der Firma Schmidt u. Co. 13.—
- Schüler von Odenbach, Brincker 12.—
- Aufnahme des Prinzipalvertrags 5.—
- Schraubenfabrik Reichelt, Schindler 7.50.
- Bergelder von Mühl 5.50.
- Stadler, Schindler 7. Rate 4.50.
- Huber, Engel, Seidelstr. 18, Schuhmacher 6.—
- Metallwaarenfabrik, Alt-Jahoda 91 8.50.
- Goldblechfabrik Pfeiffer, Tredebrücker 28 (Parauer 1. Rationier) 8.—
- Firma Bergmann, Neue Jaldobstraße 7.50.
- Belagerein Jell 10.—
- Wider alle 7. Rate 10.—
- Arbeiter, Louisen-Ufer 1.06.
- Gelände der Wollweber mit Wollweber, Brauerei-Mittelstr. 4.50.
- Arbeiter von Pöhl, Unterstr. 7.50.
- Formen u. Schreiner-Mittelstr. 4.50.
- Arbeiter u. No. 4. Rate 18.30.
- Wollweber 2. Rate 1.50.
- Arbeiter der Firma Schmidt u. Co. 13.—
- Schüler von Odenbach, Brincker 12.—
- Aufnahme des Prinzipalvertrags 5.—
- Schraubenfabrik Reichelt, Schindler 7.50.
- Bergelder von Mühl 5.50.
- Stadler, Schindler 7. Rate 4.50.
- Huber, Engel, Seidelstr. 18, Schuhmacher 6.—
- Metallwaarenfabrik, Alt-Jahoda 91 8.50.
- Goldblechfabrik Pfeiffer, Tredebrücker 28 (Parauer 1. Rationier) 8.—
- Firma Bergmann, Neue Jaldobstraße 7.50.
- Belagerein Jell 10.—
- Wider alle 7. Rate 10.—
- Arbeiter, Louisen-Ufer 1.06.
- Gelände der Wollweber mit Wollweber, Brauerei-Mittelstr. 4.50.
- Arbeiter von Pöhl, Unterstr. 7.50.
- Formen u. Schreiner-Mittelstr. 4.50.
- Arbeiter u. No. 4. Rate 18.30.
- Wollweber 2. Rate 1.50.
- Arbeiter der Firma Schmidt u. Co. 13.—
- Schüler von Odenbach, Brincker 12.—
- Aufnahme des Prinzipalvertrags 5.—
- Schraubenfabrik Reichelt, Schindler 7.50.
- Bergelder von Mühl 5.50.
- Stadler, Schindler 7. Rate 4.50.
- Huber, Engel, Seidelstr. 18, Schuhmacher 6.—
- Metallwaarenfabrik, Alt-Jahoda 91 8.50.
- Goldblechfabrik Pfeiffer, Tredebrücker 28 (Parauer 1. Rationier) 8.—
- Firma Bergmann, Neue Jaldobstraße 7.50.
- Belagerein Jell 10.—
- Wider alle 7. Rate 10.—
- Arbeiter, Louisen-Ufer 1.06.
- Gelände der Wollweber mit Wollweber, Brauerei-Mittelstr. 4.50.
- Arbeiter von Pöhl, Unterstr. 7.50.
- Formen u. Schreiner-Mittelstr. 4.50.
- Arbeiter u. No. 4. Rate 18.30.
- Wollweber 2. Rate 1.50.
- Arbeiter der Firma Schmidt u. Co. 13.—
- Schüler von Odenbach, Brincker 12.—
- Aufnahme des Prinzipalvertrags 5.—
- Schraubenfabrik Reichelt, Schindler 7.50.
- Bergelder von Mühl 5.50.
- Stadler, Schindler 7. Rate 4.50.
- Huber, Engel, Seidelstr. 18, Schuhmacher 6.—
- Metallwaarenfabrik, Alt-Jahoda 91 8.50.
- Goldblechfabrik Pfeiffer, Tredebrücker 28 (Parauer 1. Rationier) 8.—
- Firma Bergmann, Neue Jaldobstraße 7.50.
- Belagerein Jell 10.—
- Wider alle 7. Rate 10.—
- Arbeiter, Louisen-Ufer 1.06.
- Gel

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 27. Januar.
Opernhaus. Undine.
Schaubühnen. 1812.
Deutsches. Die verurteilte Gode.
Berliner. Kaiser Heinrich.
Nachm. 3 Uhr: Nischenbrödel.
Leffing. Marcelle.
Welter. Unsere Frauen.
Reines. Marcelle.
Reibenz. Die Frauenjäger.
Unter den Linden. Floie Turische.
Rund um Wien.
Central. Eine tolle Nacht.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Der
Kochvogel.
Thalia. Frau Lieutenant.
Belle-Alliance. Adam und Eva.
Schiller. Ein Wintermärchen.
Alexanderplatz. Ohne Hütchen
Galt.
Cirkus. Schwerendörfer.
Parodie. Emma v. Falkenstein, oder:
Die Kreuzritter von Palästina.
Volks. Robert und Bertram.
Passage-Panoptikum. Traumbilder.
Spezialitäten.
Kypolis. Spezialitäten.

Central-Theater.

Alte Jakobstr. 30. Dir. Rich. Schufz.
Mittwoch, den 27. Januar cr.:
Emil Thomas u. G.
Zum 307. Male:
Eine tolle Nacht.

Eine tolle Nacht.

Große Fosse mit Gesang und Tanz
in 5 Bildern von F. Freund und
B. Rannschdt. Musik von Julius
Einödshofer.
Anfang 1/8 Uhr.
Morgen und die folgenden Tage:
Eine tolle Nacht.

Friedrich-Wilhelmst. Theater.

Der Kochvogel.
Volkshaus in 5 Aufzügen v. Max Kreyer.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Sonntag, nachmittags 4 Uhr: Die
Waise von Lowood. Schauspiel
in 3 Akten und 1 Vorpiel nach dem
gleichnamigen Roman von Charlotte
Brontë.
Billetts sind ohne Vorbestellgebühr
schon 3 Tage vorher an der Theater-
kasse zu haben; außerdem im An-
schreiben, Unter den Linden 24, bei
Paul Komel, Leipzigerstraße 6, und
Julius Vengenfeld, Marienstraße 50.

Alexanderplatz-Theater.

Heute und die folgenden Tage:
Pikante Novität! Ohne Hütchen
Galt. Sittensbild aus dem Berliner
Leben in 4 Aufzügen (5 Bildern) von
Wilhelm Friedhold. Anfang 8 Uhr.
Sämtliche ausgegebenen Bonds,
auch die zu anderen Stücken ausge-
geben sind, behalten ihre Gültigkeit.
In Vorbereitung: Eine pikante
Gde. Fosse mit Gesang in 5 Akten
von Eugen Prudens.
Sonntag, nachm. 4 Uhr: Nischen-
brödel. Zauberstücke mit Gesang
und Tanz in 6 Bildern von Georg
Zimmermann.
Billetts sind schon 3 Tage vorher ohne
Vorbestellgebühr an der Theaterkasse
zu haben. Vormittag 1/11-2 Uhr.
Abends von 1/7 Uhr an.

Concordia Variété-Theater

Brunnenstr. 154.
Täglich: Grosse Theater- und
Spezialitäten-Vorstellung.
Das beste Programm d. Nordens.
U. a. Gelsow. Carré, brillante
Doppel-Songleure.
Riza Borrman, die feste Soubr.
Otto Budei, geküßt nach wie vor.
Neu empfindet:
Bomben und Granaten, Fosse.
Anfang Wochentags 7 1/2 Uhr.
Sonntags 6 Uhr.
Umtausch-Billetts haben Gültigkeit.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).
Mittwoch, abds. 8 Uhr: Ein Winter-
märchen.
Donnerstag, abends 8 Uhr: Mit
Bergnügen.

Ostend-Theater.

Gr. Frankfurterstr. 132. Dir. C. Weis.
Zum letzten Male:
Schwerendörfer.
Morgen, Donnerstag, zum 1. Male:
Der Walzerkönig.
Fosse mit Gesang in vier Akten von
Mannsbdt. Musik von G. Steffens.
Sonntag, den 30. d. M.: 1. Volks-
vorstellung zu ermäßigten Preisen.
1. Parq. 1 M., 2. Parq. 50 Pf. Entree
30 Pf.

Belle-Alliance-Theater

Volks-Vorstellung
unter Regie von Julius Türk.
Sonntag, den 31. Januar, nachmittags
3 Uhr: Auf vielfaches Verlangen:
Don Carlos.

Thalia-Theater.

(vormals Adolph Grub. Theater).
"Frau Lieutenant."
Saubelle in drei Akten von Paul
Fertier und Antony Mars.
Deutsch von Hermann Hirschel.
Musik von G. Serpette und B. Roger.
Morgen und folgende Tage: "Frau
Lieutenant."
Sonntag, nachm. 2 1/2 Uhr: Trilby.

Apollo-Theater.

Friedrichstr. 218. Dir. J. Gild.
Nur noch einige Tage
des sensationelle
Januar-Programm
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.
Montag, den 1. Februar 1897:
14 Debuts.

Berliner Possen-Theater

Männstrasse 17.
(Eingang Königsgraben).
Direktion: Joseph Hängler
und Leonhardy Gastel.
Der Glücksmacher.
Der Lumpenball.
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.
Kasseneröffnung 7 Uhr.
Entree 30 Pfennige.
Die Direktion.

Zeem-Palast, Straße 22.

Direktion Winkler & Fröbel.
Nur noch bis Sonntag
das riesenhafte
Januar-Programm
Sonntag legtes Kustreien des ge-
samten so erfolgreichen
Künstler-Personals.
Anfang 7 1/2 Uhr, Sonntags 6 Uhr.
Entree 30 Pf. Reserviert 50 Pf.
Am 1. Februar durchweg
neue Spezialitäten.

Cösliner Hof

Cöslinerstrasse 8 (Wedding).
Größter und schönster Saal im
Nordend. Elegante Beleuchtung. Gute
Küche. Zwei Regelbahnen.
Zu allen Veranlassungen u. f. w. an
Bereine zu vergeben.
Nähere Auskunft ertheilt
Fritz Schröder, Biesenstr. 39.

Achtung! Achtung!

Englischer Garten, Straße 27 a.
3. und 4. April, 1. Osterfeiertag,
2. Osterfeiertag, 3. Osterfeiertag
Säle frei.

Volks-Theater

34 Reichenbergerstr. 34
nahe dem Kolthauer Thor.
Bei dem anhaltenden Nachstrome:
Abends 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

Robert und Bertram

Große Gesangsposse in 4 Akten
von G. Nader.
Robert: D. Kettner. Bertram:
W. Conrad. Ridel: Fräulein
Senden. Fopelmeier: Herr
August Reiff. Bod: Herr
Broder. Strambach: Herr
Richter. Jndore: Frä. Eise
Bendix.
Entree 50 Pf. bis 3 M.

Castan's

Panopticum.
Die
beiden
indischen
Pygmäen
die kleinsten
Menschen der Welt!

Damen-Beischwimmen.

Passage-Panopticum.
Som 23. d. M. ab:
**Affen-
Theater**
und Jirkus.
Vorstellungen
um 5 und 7 Uhr.

Moabiter Stadt-Theater

Alt-Moabit 48.
Heute
sowie jeden Mittwoch:
Stettiner Sänger
(Meyel, Pietro,
Britton, Seidl,
Krone, Köhl und
Schröder).

Verbunden mit

großem Doppel-Konzert
(großes Orchester).
Nach der
Solree: **Tanzkränzchen.**
Anfang des Konzerts 7 1/2 Uhr,
der Solree präzise 8 Uhr.
Eintritt 50 Pf.,
Vorverkauf 40 Pf. (siehe Plakate).
Donnerstag:
Konzertsaal Sandfoucl.

Urania, Tauben-Strasse

No. 48-49.
Naturkundliche Ausstellung
täglich geöffnet von 10 Uhr vorm. ab.
Eintritt 50 Pf.
Wissenschaftl. Theater abends 8 Uhr.

Sternwarte

Invaldenstr. 57/52
Veheter Stadtbahn-
hof. Täglich von 7 1/2 Uhr abends ab
50 Pf. Im Theater-Saale täglich
8 Uhr abends Vorträge, mit Experi-
menten u. gr. Lichtbildern ausgeführt.
Näheres die Tagesanschnitte.

Lumpe-Gastspiel

Parodie-Theater
Cranienstr. 52.
Mittwoch, den 27. Januar, abends
8 Uhr, auf allgemeines Verlangen:
Emma von Falkenstein
oder:
Die Kreuzritter von Palästina.
Donnerstag, den 28. Januar cr.,
abends 8 Uhr, zum ersten Male:
Genoveva.

Alcazar

Variété und Spezialitäten-
Theater l. Rangens.
Dresdenerstr. 52/53 (Eing.-Passage)
Annenstr. 42/43.
Neu! Mutter Anton. Neu!
Große Bauernposse mit Gesang und
Tanz in 1 Akt.
Bestes Wochenprogramm im Januar!
Herm. Wehling, Tanzkomiker. Pette
Sieger, Brauere-Mitglied mit 50 dresd-
nischen. Max Alfredo Rex, Salon-
Humorist. Ernst Kühne als seg-
reicher Kränze. Broder's Astoria,
musikalische Klowne ohne Konkurrenz.
Freiarten haben Gültigkeit.
Am Donnerstag, den 28. Januar:
Abschieds-Bench-Vorstellung für
Lottchen Sieger.
Coroline!
Anfang: Wochentags 8 Uhr.
Sonntags 6 Uhr.
Entree 30 Pf. R. Winkler.

Circus Renz

Karlstrasse.
(Jubiläum-Saison 1896/97.)
Mittwoch, den 27. Januar 1897:
abends 7 1/2 Uhr:
Parade-Gala-Vorstellung
mit einem vom Direktor Fr. Renz
arrangierten Fest-Akt mit Tänzen,
Gruppirungen, militärischen Aufzügen
u. f. w. und einer Schluss-Apotehose.
Die Huldigung,
ausgeführt vom gesammten Herren-
personal und den Damen vom Corps
de Ballet. Außerdem: Durch-
schlagender Erfolg!
Aufführung der Novität:
Aus der Mappe
eines
Niesengebirgs-Phantasten.
Eine romantisch-phantastische
Handlung, mit komischen Szenen,
Witzgesprächen, einer naturgetreuen
Hörnerittfahrräder in Niesen-
gebirge u. einem zauberischen Ballet.
Am Reiche des Vetterfürsten! Von
Direktor Fr. Renz und dem groß-
herzoglich heffischen Hofballmeister
August Siems. Noch nie ge-
sehene Kostüm-Pracht! Gödht
Charakteristische Dekorationen!
Ueberraschende maschinelle Effekte! Gib-
fall! Kobellfall! Jadelfall!
Donnerstag, 28. Januar 1897,
abends 7 1/2 Uhr:
Aus der Mappe eines
Niesengebirgs-Phantasten.
Franz Renz,
Kgl. Kommissionsrath und Direktor.

Hildebrandt's

**Größte Theater- u.
Mästen-Garderobe**
Kostüme von 1 M. an.
Bei Abnahme v. 30-40
Kostümen Zuschlag gratis.
Oranienstr. 165a,
Ede Cranien-Platz.
Innalfachen, Riagen, Eingaben.
H. Patzger, Steglitzerstr. 65.

Circus Buseh.

Bahnhof Börse.
Mittwoch, den 27. Januar 1897:
abends 7 1/2 Uhr:
Große Festvorkellung.
Das Tagesgespräch von Berlin.
Nach Sibirien.
Außerdem: 4 arab. Schimmelhengste
als Schaulustigebende und 6 raitcher
hengste dresd. u. vorgeführt v. Dir.
Buseh. Jausbar, russ. hengst,
geritten von Herrn Salamonsky.
Petronius, russ. hengst, ohne Sattel
und Jaus, geritt v. Rme. Maria
Doré. Greatest equestrian Act
of the present time, ausgef. von
Geshw. Cottrek. Austr. des Gwert-
Klowne Hr. Alf. Daniels. Bor-
zügliche Klowne. Spezialitäten ersten
Rangens.
Morgen: Nach Sibirien.

Welt-Restaurant

Variété- und Spezialitäten-
Theater.
Dresdenerstraße 97.
Im vorderen Saal täglich bei freiem
Entree:
Grosses Künstler-Konzert
Im großen Theatersaal:
Berliner Sportwädels.
Ausstattungen: Burleske mit Gesang
Anfang: Entree:
Wochent. 7 1/2 Uhr. Wochentags 20 Pf.
Sonntags 6 Uhr. Sonntags 30 Pf.

Schippanowsky's

Deutsche Konzerthallen
Spandauer Brücke 3.
Neu! Neu! Neu!
Im Frühlingsglanz!!
Populäre Konzerte:
Im Silberhain,
In der Rosenlaube,
Im Obgartengarten,
In der Hoppelaube,
Im Weinberge.
Entree frei! Entree frei!
Theater-Abtheilung:
Kulturen von Humoristen, Kamikern u.
Hauswirths Töchterlein.
Vollst.
Ausschank der Berliner
Bock-Brauerel.

Masse Füße.

Wichtig für Alle von 16 bis 3
In Hofers' vorräth. Lederfett.
Weil es die Stiefel famos konservirt,
Runde wird sicher, wer's einmal probirt.
Dreimal so weich bleiben die Schuh,
Dreimal so wasserdicht dazu, 19073
Dreimal so lange halten die Sohlen;
Dreimal lassen Sie schnell Hofers'
Lederfett holen!
Manteuffelstr. 57 u. Reichenbergerstr. 55,
Bogelabtes Lederfett u. Sohlenkäse,
in Fl. v. 20 Pf., 50 Pf., 1 M., 2 M., 3 M.

Für 36 Mark

feinste Anzüge nach Maß. Für 30 M.
ff. Sommer-Paletot nach Maß. Für
8-12 M. feinste Hosen nach Maß.
Gehrod-Knäuze zu billigsten Preisen.
Gros-Stofflager.
Krausenstr. 14, I, kein Laden.

Achtung! Achtung!

Künstliche Zähne von 3 M. an,
Theils, wöhenil. 1 M., wird abgeholt.
Zahnziehen, Zahnreinigen, Nervstöben
bei Bestellung umsonst.
Kaufplatz 2, Gasser-
str. 12, Steglitzerstr. 71 I.

Guckel,

Beiten, Regulatoren, Remonistru-
uhren, Wäsche, Knäuze, Hosen, Goldes,
Granatschmuck sportlich Pfandlethe
Reanderstr. 6.
G. L. A. d. v. Freinwaderstraße 12,
worin seit vielen Jahren Restauration
und Desillation mit gut. Erfolge be-
trieben wird, per 1. April zu vern.

Der Anzug

No. 524
wird aus vorzüglichem hoch-
eleganten, verbürgt reinwollenen
Kammgar-Cheviot
peinlichst sorgfältig
unter Leitung erster Fach-
leute extra nach Maass
angefertigt. Vermöge des tadello-
sen Sitzes und des eleganten
Stoffes wird dieser Anzug von
den vorwöhntesten Herren als
Strassen- und Salon-Anzug
getragen.
Lieferbar in drei Farben.
Das Beinkleid M. 11.—
Die Weste M. 3,50
Das Jaquet M. 22.— **38 50**
Der komplette Anzug **38 M**

Muster u. Zeichnungen franko

Versandhaus
S. Goldschmidt,
Berlin C. Spittelmarkt —
Wallstrasse 1.
Telephon: Amt I, No. 4274.
Geschäftsstunden
v. vormitt. 8 bis 6 Uhr nachmitt.
Stammhaus: Eisenach.
Gegründet 1844.

Unserm Kollegen Georg Thal-

meyer zu seinem heutigen Geburts-
tage ein herzliches Hoch. Die Kollegen
von Siroian. 2972b

Ein dreimal donnerndes Hoch zu

Deinem 44. Wogensche sabet die
Werthheit von Geh. Ehrlich.
Karl, merische was? 2971b

Zentral-Arkten- u. Sterbe-

Kasse der Tischler.
(Centrale Verwaltung Berlin II.)
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß
unser Mitglied, der Drechsler
Karl, merische was? 2971b

Wilhelm Tamm

am 24. Januar, im Alter v. 39 Jahren,
verstorben ist. 184/10
Die Beerdigung findet heute, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichenhalle
des Emmaus-Kirchhofes aus, statt.
Um rege Theilnehmung bitten
Die Crüverwaltung.

Dankagung.

Allen Genossen, Freunden, Be-
sammten und Verwandten für die zahl-
reiche Theilnahme und Blumenpenden
bei der Beerdigung meiner innigst-
geliebten Frau, sage ich meinen herz-
lichen Dank.
Die Crüverwaltung.

Dankagung.

Allen Freunden und Bekannten, die
meinem geliebten Mann die letzte Ehre
erwiesen, insbesondere dem Hochver-
ein der Musikinstrumenten-Arbeiter, dem
Männer-Gesangsverein Liederkreis, den
Kollegen von A. Heindorf u. G. Neu-
gedauer meinen innigsten Dank.
Ww. Hofmann nebst Kindern.

Dankagung.

Allen denen, welche meinem lieben
Mann, unserm guten Vater, die letzte
Ehre erwiesen haben, sagen wir hier-
mit unsern herzlichsten Dank. 2973b
Ww. Hofmann nebst Kindern.

Masken-Garderobe

Freiheit, Trübsin u. a. werden billig
verkauft. Bernauerstr. 94. 2946b

Wer-Stoff-hat.

fertige Anzug, 20 M., keine Futter,
saubere Arbeit, 2 Knopfen, Gose 3,50,
Winter-Paletot 18 M., wollenes Futter,
echter Sammetragen. Wünschstr. 26.
Engel. 61/13
Summischuhe u. repar. Kaufstr. 14

Warenhaus
A. Wertheim
Mittwoch
den 27.
Donnerstag,
den 28.
Freitag,
den 29. Januar.
W. Leipzigerstr. 111
C. Rosenthalersir. 26/29
S. Oranienstr. 53/54
Versand v. Proben u. Preislisten Leipzigerstr. 111.

Schuhwaren

Damen-Filzschuhe 1 und 1,20 Mk.
Damen-Tanzschuhe Lackleder 2,90 Mk.
Damen-Lasting-Steppschuhe mit Absatz 1,75 Mk.
Damen-Gummischuhe 1,80 Mk.
Damen-Pantoffel 80 Pf.
Herren-Zugstiefel 4,75, 5,25, 8 Mk.
Tändelschürzen, hell und dunkel 70 Pf.
Wirtschaftsschürzen 85 Pf. mit Achselband 1,45 Mk.
Weisse Damenhandschuhe, gestrickt, 35 Pf.